

Mitteilungen

Das erste Internationale Polarjahr (IPY) 1882/1883: Die Entwicklung der Beteiligung Deutschlands

von Reinhard Krause¹

EINLEITUNG

Um 1850 herum begann sich in Deutschland ein breiteres Interesse an Polarforschung zu entwickeln. Es war korreliert mit der großen Anteilnahme der Öffentlichkeit am Schicksal der britischen Arktis-Expedition unter der Führung von John Franklin (1786-1847), die ab 1848 als verschollen galt, und setzte sich mit den Agitationen und Publikationen des Kartographen August Petermann (1822-1878) fort. Petermann verfügte in Form seiner Zeitschrift „Geographische Mitteilungen“ (PGM, gegr. 1855) über ein weltweit beachtetes Forum. Ein weiterer Schwerpunkt seines Interesses war die Afrika-Forschung, die, wie vielfach zu belegen ist, in Deutschland in Mittelkonkurrenz zur Polarforschung stand.

Petermann gelang es 1868 und 1869/70 die ersten beiden deutschen Polarforschungsfahrten per Schiff zu initiieren. Ihm sind auch die ersten großen Geldsammlungen zur Finanzierung der Forschungsunternehmen zu verdanken. Die ersten deutschen Polarexpeditionen waren Bürgerinitiativen. Der Erfolg in der Sache wäre aber ohne das Engagement in den Seehafenstädten Hamburg und Bremen nicht möglich gewesen. Da sich seinerzeit, nach Jahrzehnten der Stagnation, hier Handel und Seeverkehr rasant entwickelte, ergab sich zwanglos ein Interesse an der Meeres- und Polarforschung. Die Wichtigkeit der Ozeanographie und Meteorologie zum Nutzen der Schifffahrt wurde insbesondere durch den Amerikaner Matthew Fontaine Maury (1806-1873, Abb. 1) propagiert, der prominente Anhänger in Deutschland hatte.

Seine Idee der globalen Erfassung meteorologischer und ozeanographischer Parameter, wurde von Experten in Frankreich, Holland, Belgien, England, Deutschland und Skandinavien gestützt, wobei verstärkt darauf Wert gelegt wurde, nicht nur den Status zu registrieren, sondern die Ursachen zu erforschen. Dazu wurde die Notwendigkeit synchroner Beobachtungen betont und die Verbesserung der Messtechnik angestrebt. Diese Vorstellungen betrafen auch geowissenschaftliche Fragestellungen, die im Rahmen der Polarforschung anfielen und waren mit den geographischen Entdeckungsvisionen, denen die Mehrzahl der Polarforscher damals anhängen, nicht kompatibel. Zu letzterem Personenkreis war auch Carl Weyprecht (1838-1881, Abb. 2) zu rechnen, der allerdings nach zweimaliger Überwinterung südlich des Franz-Josef-Archipels von genau diesen Visionen

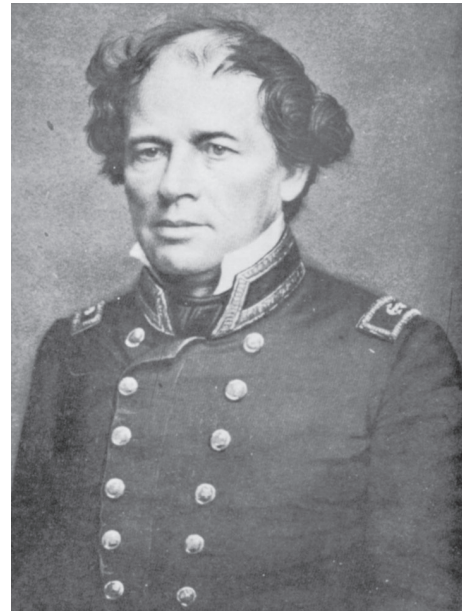


Abb. 1: Matthew Fontaine Maury (1806-1873) propagierte und demonstrierte erfolgreich die Bedeutung der Ozeanographie und Meteorologie für die Schifffahrt; seine „Sailing Directions“ trugen zur Verkürzung der Reisezeiten der Segler bei (Aufnahme um 1863, Library of Congress, USA).

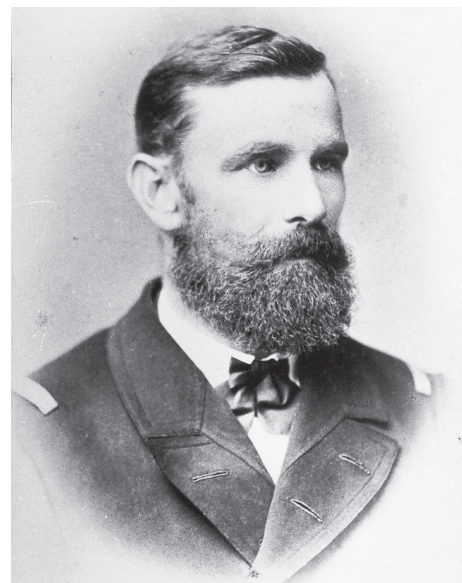


Abb. 2: Carl Weyprecht (1838-1881) Marineoffizier, Polarforscher, Geophysiker in österreichisch-ungarischen Diensten; seine zusammen mit Graf Wilczek betriebene Agitation hat zur ersten internationalen Kampagne der Polarforschung geführt (Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek).

¹ Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung, Postfach 120161, 27515 Bremerhaven; <Reinhard.Krause@awi.de>

geheilt war. Ihm und seinem Freund Graf Hans Wilczek (1837-1922, Abb. 3) verdanken wir die Popularisierung des Gedankens einer international betriebenen Polarforschung auf der Basis hinreichend vieler und sinnvoll verteilter fester Stationen mit dem Zweck synchroner und weitgehend normierter Beobachtungen – der Gedanke, aus dem das erste Internationale Polarjahr 1882/1883, das IPY hervorging. Weyprecht verknüpfte diese generell konsensfähigen Gedanken mit von ihm formulierten Prinzipien, die insbesondere die geographische Forschung diskreditierten, was bei verschiedenen Wissenschaftlern auf verständlichen Widerstand stieß.

Im Verlauf der Organisation des Internationalen Polarjahres kam es zu relativierenden Formulierungen, die Programmweiterungen möglich machten. Bei der Darstellung der deutschen Expeditionen nahmen geologische, biologische und ethnographische Themen viel Raum ein, so dass man im Nachhinein auf die Idee kommen könnte, das IPY wäre von Beginn an multidisziplinär angelegt gewesen (NEUMAYER 1890).

Bereits 1871 hatten die Bremer Unterstützer der deutschen Polarforschung (damals als Polarverein tituliert) die Idee, an die Erfolge der vorangegangenen Expeditionen anzuknüpfen. Der diesbezügliche, von Karl Koldewey (1837-1908, Abb. 4) ausgearbeitete Plan, beinhaltete explizit den Gedanken simultaner Beobachtungen an verschiedenen Orten (KRAUSE 1992, Anhang S. 61).

Zum Jahreswechsel 1874/75 wandte sich der Bremer Polarverein mit dem Antrag an den Bundesrat, eine vom Reich finanzierte Expedition an die Ostküste Grönlands zu entsenden. Hier spielte der Gedanke, synchrone und normierte Beobachtungen in Abstimmung mit der englischen „Nares-Expedition“ durchzuführen, die 1875 an der grönländischen Westküste arbeiten sollte, eine wesentliche Rolle.

Durch diesen Antrag, im Wesentlichen initiiert und fachlich konzipiert durch die Bremer Wissenschaftler Moritz Lindeman (1823-1908, Abb. 5) und Otto Finsch (1839-1917), geriet die sich entwickelnde Polarforschung in den Blickwinkel der Regierungspolitik und wurde in der entsprechenden Behörde, dem Reichskanzleramt (RKA) bzw. dem Reichsamt des Innern (RAI) sorgfältig dokumentiert. Die entsprechenden Dokumente, die im Bundesarchiv in Berlin stehen (QUELLE A), geben ein nahezu lückenloses Bild des komplizierten Weges zur erstmaligen öffentlichen Förderung und Finanzierung der Polarforschung in Deutschland.

Im Folgenden wird der Begriff „Internationales Polarjahr“ und sein Kürzel „IPY“ verwendet. Zur Bezeichnung der internationalen wissenschaftlichen Polarforschungskampagne von 1882/83 ist diese Bezeichnung historisch nicht korrekt, da dieser Begriff in den zahlreichen offiziellen Publikationen der ersten internationalen Polarkommission, die von 1879 bis 1891 existierte, nicht auftaucht. Auch in anderen Publikationen der Zeit konnte der Verfasser den Begriff (bzw. seine französischen oder englischen Entsprechungen) nicht nachweisen, was natürlich nicht ausschließt, dass er dennoch benutzt wurde. Die streng historisch zweifelhafte Verwendung des IPY-Begriffes dürfte dennoch vertretbar sein. Sie ist inhaltlich treffend und wissenschaftshistorisch akzeptiert.



Abb. 3: Hans Graf Wilczek (1837-1822), österreichische Polarforscher und Förderer der Österreichisch-Ungarischen Nordpolexpedition 1872/74 (Aufnahme 1872, Archiv AWI).

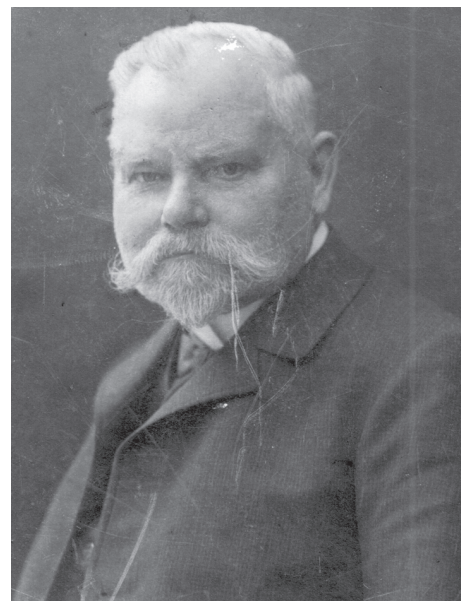


Abb. 4: Carl Koldewey (1837-1908), Kapitän und Leiter der deutschen Nordpolexpeditionen 1868 mit der „Grönland“ und 1869/70 auf der „Germania“; (Aufnahme um 1900, Archiv AWI)

Nach derzeitigem Kenntnisstand taucht der Begriff „Polarjahr“ erstmals in einer Dissertation aus dem Jahre 1902 auf (EHRHARDT 1902, Details s. LÜDECKE 2007). Der Ausdruck „Polarjahr“ bezeichnete zunächst ein singuläres Ereignis. Erst



Abb. 5: Moritz Lindemann (1823-1908), Wissenschaftsjournalist, Fischereihistoriker, Sekretär des „Bremer Polarvereins“, Stenograph der Bremer Bürgerschaft, langjähriger Herausgeber der Deutschen Geographischen Blätter. Einziges bekanntes Foto, etwa aus der Zeit der Bremer Antragstellung 1874/75 (Archiv AWI).

seit dem zweiten Polarjahr (1932/33) zeichnete sich ab, dass sich das IPY zu einer „Institution“ entwickeln könnte.

Die offiziellen Dokumente zum ersten internationalen Polarjahr wurden in den drei Sprachen deutsch, englisch und französisch ausgefertigt. Das Deutsche dominierte als Verkehrssprache. Einer der Gründe hierfür war, dass die russischen Wissenschaftler, denen ein erheblicher Anteil am Zustandekommen dieses ersten IPY zufiel, sich gerne des Deutschen bedienten. *Cum grano salis* trifft diese Aussage auch auf die skandinavischen Protagonisten zu. Tendenziell wurde zunächst das Französische dem Englischen vorgezogen.

Das in Klammern gesetzte Kürzel „zwh“ (für zweifelhaft) bezeichnet im Zusammenhang mit transkribierten Dokumenten nicht einwandfrei zu lesende Wörter. Drei Punkte „...“ zeigen Wortauslassungen an, die verschiedene technische Ursachen haben können.

ZUR POLITISCHEN SITUATION IN DEUTSCHLAND IN DEN JAHREN 1873-1883

Bevor die Vorgänge der deutschen Beteiligung nicht vollständig, aber in ihren wesentlichen Zusammenhängen lückenlos dargestellt werden, ist es nützlich, sich die damalige politisch-historische Stimmungslage kurz in Erinnerung zu rufen. Die Reichsgründer Kaiser Wilhelm I (1797-1888) und Graf Otto von Bismarck (1815-1896) hatten 1874/75 bereits den Zenit ihres Ruhmes und ihrer Akzeptanz in Deutschland überschritten. Kaum entstanden, rutschte das Reich in eine soziale Umbruchphase. Der Begriff „Sozialdemokratie“ wurde zum Schrecken des Establishments stilisiert. Aus der Gründer euphorie war man bereits im Laufe des Jahres 1873 in die Gründerkrise geschlittert, die über Börsenkrach und Bankenskandale in eine Gründerdepression überging, die erst 1878 ihren Tiefpunkt erreichte, bevor sich die finanzielle Situation des Durchschnittsdeutschen sehr langsam wieder besserte. Der Bremer Antrag auf Reichsfinanzierung der

Polarforschung 1874/75 fiel also in einen der Sache ungünstigen Zeitraum, während 1881, als die Beteiligung des Deutschen Reiches an den internationalen Aktivitäten in den Polargebieten auf des Messers Schneide stand, sich die Entwicklung der Wirtschaft und Finanzen zumindest nicht mehr im Abwärtstrend befand.

Betrachtet man die Reichsverfassung von 1871, die bekanntlich an die Verfassung des Deutschen Bundes von 1866 anknüpfte, fällt die Stellung des Kanzlers auf, dem die Rolle des einzigen Reichsministers zufällt, womit sich erklärt, dass es keine Reichsministerien gab, sondern nur „Ämter“, die von Staatssekretären (oder Chefs) geleitet wurden, die alle dem Kanzler unterstanden (zur Sonderstellung der Admiralität s.u.). Die wichtigste Behörde war das Reichskanzleramt (RKA), dem zunächst Rudolf v. Delbrück (1817-1903) vorstand, der sich als Bismarcks rechte Hand bewährte, aber mit diesem im Laufe der Zeit wegen seiner kompromisslosen wirtschaftsliberalen Haltung in Konflikt geriet.

Nachfolger Delbrücks wurde 1876 Karl v. Hofmann (1827-1910), der im September 1880 von Karl Heinrich v. Boetticher (1833-1907, Abb. 6) abgelöst wurde. Dieser Ablösung war die Umwandlung des RKA in das Reichsamt des Innern (RAI) im Dezember 1879 vorangegangen. Im Rahmen dieses Vorgangs kam es zur Ausgründung des Reichsschatzamt, dem zunächst Unterstaatssekretär Adolf Scholz (1833-1924) vorstand. Die hier genannten Personen sind unmittelbar in die im Folgenden geschilderten Ereignisse involviert.



Abb. 6: Karl Heinrich von Boetticher (1833-1907), Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Vizekanzler, 1885 Ehrenbürger der Stadt Bremerhaven (Stadtarchiv Bremerhaven).

Die Verfassungsobjekte Kaiser und Bundesrat spielten bei den Begebenheiten zur Reichsfinanzierung der Polarforschung im Wesentlichen nur eine formale Rolle, einfach deswegen, weil von ihnen keine eigenen Initiativen zur Polarforschung ausgingen, obwohl solche verfassungsrechtlich den leichtesten Weg bedeutet hätten.

Anders der Reichstag, der durch sein Gesetzgebungsrecht

(Artikel 5 der Reichsverfassung von 1871) ein wesentlicher Machtfaktor war und den Kanzler und die Reichsregierung bedeutend kontrollierte. Das viel zitierte Budgetrecht des Reichstages leitete sich aus dieser Bestimmung her, da der jährliche Reichshaushaltsetat durch ein Gesetz festgelegt werden musste (Artikel 69). Dadurch, dass der Reichstagsabgeordnete und weltberühmte Pathologe Rudolf Virchow (1821-1902, Abb. 7) im Rahmen einer Etats-Debatte die Teilnahme des Deutschen Reiches an der Internationalen Polarforschung thematisierte (konform mit Artikel 23), vermochte dieser jedenfalls den Regierungsapparat in einige Bewegung zu setzen.



Abb. 7: Rudolf Virchow (1821-1902), Arzt an der Berliner Charité, langjähriger sozial engagierter Reichstagsabgeordneter und Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, (Nach einem Gemälde von Hanns Fechner, Archiv AWI).

Von besonderer Bedeutung für das Verständnis der im Folgenden präsentierten Fakten und Gedanken ist die Rolle der Kaiserlichen Marine und ihres Leiters Albrecht v. Stosch (1818-1896, Abb. 8). Hier soll nicht auf das gespannte Verhältnis zwischen Bismarck und v. Stosch abgehoben werden, sondern auf die formale Einordnung der Marine in das Reich. Tatsächlich nahm die Kaiserliche Marine eine Sonderstellung ein, die in Artikel 53 der Reichsverfassung fixiert war. Die Kaiserliche Marine unterstand dem Kaiser direkt und ohne Einschränkungen. V. Stosch, als Chef der Kaiserlichen Admiralität, war also nicht dem Kanzler Bismarck nachgeordnet. Tatsächlich war er verfassungsrechtlich eher ein zweiter Reichsminister, wodurch die Bezeichnung Marineminister, mit der er gelegentlich titulierte wurde, eine gewisse Berechtigung bekam. Die Seewarte in Hamburg unter der Leitung von Georg v. Neumayer (1826-1909, Abb. 9) war ein Reichsinstitut, eine Behörde der Marine, auch wenn sie damals, wie heute als Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, Aufgaben wahrnahm, die überwiegend ziviler Natur waren.



Abb. 8: Albrecht von Stosch (1818-1896), Chef der Admiralität und der Kaiserlichen Marine (aus HOLLYDAY 1960).



Abb. 9: Georg von Neumayer (1826-1909), Geophysiker und Seemann; gründete 1858 in Australien ein nautisch-geophysikalisches Observatorium. Ab 1872 Hydrograph der Admiralität organisierte er die Forschungsreise der „Gazelle“ (1874-1876). Ab 1876 Direktor des Reichsinstituts Deutsche Seewarte in Hamburg. N. war einer der herausragenden Organisatoren des Ersten Internationalen Polarjahres; widmete sich insbesondere der Südpolarforschung und war ab 1879 Vorsitzender der Internationalen Polarkommission (Aufnahme um 1872).

In diesem Zusammenhang darf noch an einen weiteren Umstand erinnert werden. Es gab kein Reichswissenschaftsamt oder etwas dem Vergleichbares; nicht einmal ein entsprechender Bundsratsausschuss (Artikel 8) war eingerichtet. Z.B. musste auch die erste deutsche Südpolarexpedition unter der Leitung von Erich v. Drygalski (1865-1949) über das RADl betreut werden. Wenn gelegentlich im Zusammenhang mit der Meeres- und Polarforschung bis zum Weltkrieg I von den Leistungen der Wissenschaftspolitiker Friedrich Althoff (1839-1908) und Friedrich Schmidt-Ott (1860-1956) die Rede ist, muss man berücksichtigen, dass diese keine Beamte des Reiches waren, sondern der preußischen Verwaltung angehörten. Mit der Anmerkung, dass

Bismarck nicht nur Reichskanzler, sondern auch preußischer Ministerpräsident, v. Boetticher nicht nur als Staatssekretär dem RA dI vorstand, sondern gleichzeitig preußischer Minister war, soll lediglich an damalige Interessenverflechtungen erinnert werden.

DIE FOLGEN DES BREMER ANTRAGES VON 1875 – DAS REICHSKANZLERAMT ERMUNTERT ZUR INTERNATIONALEN POLARFORSCHUNG

In Folge eines Bremer Antrages an den Bundesrat vom 3. Januar 1875 auf Zuwendung von 300.000 Taler (900.000 Mark) zur Ausrichtung einer dritten deutschen Nordpolarexpedition trafen am 4. Oktober 1875 in Berlin 13 Wissenschaftler zusammen (Abb. 10). Dieses Gremium erarbeitete nach einwöchiger Beratung einen 29 Druckseiten umfassenden Bericht, der sachlich ein Programm der deutschen Polarforschung darstellte (Bundesrat Drucksache No. 91; das Papier trägt den Titel *Bericht der Kommission zur Begutachtung von Fragen der Polarforschung* (BBPF) und ist datiert 12. Oktober 1875; Details vgl. Krause 1992, S. 286-299). Der BBPF favorisierte eine Methodik, die prinzipiell der auch heute in Deutschland praktizierten entspricht – eine Mischung aus ortsfesten Stationen und beweglichen Expeditionseinheiten. Damit war der BBPF als Grundlage zur Zurückweisung des Bremer Antrages denkbar ungeeignet. Trotzdem heißt es im Protokoll der 10. Sitzung des Bundesrates vom 16. März 1876, dass der Antrag auf Bewilligung von Reichsfonds zur Ausführung einer dritten Deutschen Polarexpedition mit *Rücksicht auf den Inhalt des Kommissionsberichtes* abzulehnen sei. Worum es sich dabei im Einzelnen handelt, wird nicht erwähnt. Unter diesem Aspekt erwies sich die ganze Veranstaltung der Begutachungskommission als Farce. Insbesondere wäre es nicht richtig zu behaupten, die Bremer Eingabe sei dadurch, dass sich die Reichskommission die Weyprechtschen Ideen und Prinzipien zu eigen gemacht hätte, abgewiesen worden. Vielmehr relativiert, korrigiert und erweitert der BBPF dieselben (ohne den Namen Weyprecht zu nennen).

Dass sich diese Prinzipien in ihrer reinen Form später durchsetzten, ist aber kurioserweise in nicht unerheblichem Maße eine Folge des BBPF. Zwar hatte man betont (BBPF, S. 6), dass sich auch schon mit der postulierten räumlichen Beschränkung der Forschungsaktivitäten auf den Ostgrönland/Spitzbergen Sektor befriedigende Ergebnisse erzielen lassen könnten, hatte diese Aussage aber später (S. 31) wieder mit dem relativierenden Zusatz versehen, dass *eine erschöpfende*

Die Kommission empfiehlt daher, den Regierungen derjenigen Staaten, welche an den arktischen Forschungen Interesse nehmen, von den Grundsätzen, welche für das deutsche Unternehmen angenommen werden, Mittheilung zu machen, damit unter ihrer Betheiligung wo möglich ein geschlossener Kreis von Beobachtungsstationen um die arktische Zone gelegt werde.

v. Möller. Dove. Grisebach. Frh. v. Richthofen. Zittel.
G. Karsten (Kiel). W. Siemens. Winnecke. C. Bruhns.
Reumayer. George Nünker. H. Karsten (Rostod). Quenstedt.
Schimper.

Barfandalt 179
Berlin, den 4. Oktober 1875.

1. Erste Vorrichtung II. Vorbericht aus dem
Gremium die Reichskommission die
Kommission zusammen, welche die
die Aufgabe der Bundesrat vom
10. Februar d. J. die die Reichskom-
mission beschaffen worden ist, über die
Sache über die Ausrichtung einer
dritten Nordpol. Expedition, sowie über
die Modalitäten und die Zeit derselben
auf ihrer mittheilungsfähigen Seite zu prüfen.
so werden die unvollkommenen
willkürlich Mitglieder aufführen:

Abb. 10: Erste Seite des Protokolls der Verhandlungen der Reichskommission zur Begutachtung der Polarforschung am 4. Oktober 1875 in Berlin (Bundesarchiv Berlin).

fende Beantwortung der Fragen nur unter Teilnahme der Staaten, denen die Bearbeitung der übrigen Polarsektoren zufiele, zu erreichen sei und schloss das Gutachten mit der Empfehlung zur Einrichtung zirkumpolarer Stationen (Abb. 11). Dieser Punkt wurde vom Auftraggeber des Gutachtens, dem Bundesrath, so interpretiert, dass man, bevor man an eine deutsche Polarforschungsexpedition denken konnte, zunächst eine umfangreiche internationale Beteiligung gesichert sein musste. Man war somit, wollte man in Deutschland Polarforschung treiben, auf den internationalen Konsens angewiesen.

Abb. 11: Druckfassung der letzten Seite des Protokolls zu den Verhandlungen der Reichskommission zur Begutachtung der Polarforschung mit den Namen der teilnehmenden Wissenschaftler (Archiv AWI).

Das RKA wurde aufgefordert die Bereitschaft zur internationalen Zusammenarbeit in der Polarforschung zu eruieren, und kam dieser Aufgabe umgehend und gewissenhaft nach. Ein Schreiben des folgenden Inhalts ging an das Auswärtige Amt (AA):

Berlin den 22. April 1876 No. 3487 A

An das Auswärtige Amt

Aus Anlaß eines am 3. Januar 1875 von dem Verein für die Deutsche Nordpolarfahrt zu Bremen gestellten Antrages auf Bewilligung von 900.000 M. aus Reichsmitteln zur Ausrüstung einer Polarexpedition beschloß der Bundesrath in seiner Sitzung vom 20. Februar 1875 (Prot. §.155), den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Frage über die Aussendung einer deutschen Nordpolarexpedition, sowie über die Zeit und die Modalitäten derselben nach durch eine von Reichswegen zu bestellenden Kommission prüfen zu lassen. Die letztere ist in ihrem Bericht vom 12. Oktober 1875 (Drucksache No. 91) zu dem Ergebnis gelangt, dass eine geographische Entdeckungsreise nach möglichst hohen Breiten oder bisher unbekanntem Gebieten der arktischen Zone, wie sie der Bremer Verein beabsichtigt, nicht anzurathen sei, sie hat vielmehr empfohlen, die Erforschung dieser Zone nachhaltig so zu organisieren, daß auf die gleichmäßige Berücksichtigung aller Zweige der Naturkunde Bedacht genommen werde. Zu diesem Zwecke hat sie im Gegensatz zu dem Projekt einer vereinzelter Entdeckungsreise, die Einrichtung fester Stationen für naturwissenschaftliche Beobachtungen an den großen Meereszügen zum hohen Norden vorgeschlagen. Die Commission hat für die Ausführung dieses Planes zunächst die Ostküste Grönlands, die Insel Jan Mayen und die Westküste Spitzbergens ins Auge gefaßt, zugleich aber hervorgehoben, daß eine erschöpfende Lösung der Aufgaben welche einer nach diesem System organisirten Polarforschung zu stellen seien, nur dann erwartet werden dürfe, wenn das Unternehmen auf die übrigen Theile der arktischen Zone ausgedehnt und diese wo möglich mit einem geschlossenen Kreise von Beobachtungsstationen umgeben werde. Eine derartige Erweiterung des Unternehmens würde aber die Betheiligung auswärtiger Staaten zur nothwendigen Voraussetzung haben. Mit Rücksicht auf den Inhalt des Commissionsberichts hat der Bundesrath in seiner Sitzung vom 6. März d. J. (Prot § 127) beschlossen, den Antrag des Vereins für die Deutsche Nordpolarfahrt abzulehnen. Eine Beschlußname über die sonstigen Vorschläge der Commission ist noch nicht erfolgt.

Die letztere hat, da ihr lediglich die Prüfung der wissenschaftlichen Seite der Angelegenheit aufgetragen war, sich dann auch beschränkt, in Allgemeinen Grundzügen anzugeben, welche Zwecke mit dem von ihr empfohlenen Unternehmen zu verbinden und welche Wege zur Erreichung derselben einzuschlagen wären. Einer Erörterung der Details der praktischen Ausführung hat sie sich enthalten. In eine solche kann erst eingetreten werden, wenn über die Hauptfrage, ob die Erforschung der Nordpolzone nach dem vorgeschlagenem System in Angriff genommen werden soll, Entscheidung getroffen ist.

Das Reichskanzleramt geht davon aus, daß es für die Vorbereitung der letzteren, soweit sie in den Bereich der Beschlußnahme des Bundesraths fällt, von wesentlicher Bedeutung sein wird, darüber unterrichtet zu sein ob der von der Commission entworfene Plan bei anderen betheiligten Mächten Anklang finden würde. Der Bericht vom 12. Oktober 1875 hebt ausdrücklich hervor, daß die Lösung der wissenschaftlichen

Probleme, welche die arktische Zone darbietet, nur langsam fortschreiten und nur zu unvollständigen Resultaten gelangen kann, wenn sie von einer Station allein ohne Betheiligung anderer Seestaaten unternommen wird. Wären einige der letzteren geneigt, der Ausführung jenes Planes ihre Mitwirkung zu leihen, so würde das Unternehmen, dessen Charakter bei der Gemeinsamkeit der wissenschaftlichen Bestrebungen aller Culturvölker ein durchaus internationaler ist, eine zuverlässigere Bürgschaft des Gelingens finden, als wenn ein einzelnes Land den Versuch machen wollte, für sich alleine an die Lösung von Problemen zu gehen, deren ganze Ausdehnung zur Zeit noch eine unabsehbare ist. In erster Reihe kommen hierbei die Mächte in Betracht, deren Gebiete theils in die Polarzone hineinreichen, theils ihr naheliegen, Rußland, Schweden, Norwegen, Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika. Eine Äußerung der Regierungen dieser Länder darüber, ob sie dem von der Commission aufgestellten Plane in seinen allgemeinen Grundzügen zustimmen und vorbehaltlich der näheren Verständigung über die Modalitäten der Ausrüstung an der letzteren sich zu betheiligen bereit wären, würde auf die Entschließung des Bundesraths von wesentlichem Einfluß sein.

Das Reichskanzleramt gestattet sich demgemäß unter Beifügung von 4 Druckexemplaren des erwähnten Berichts das Auswärtige Amt ganz ergebenst zu ersuchen, hierüber gefl. mit den genannten Regierungen in Verbindung treten und ihm demnächst von dem Ergebnis Mittheilung machen zu wollen.

Kürzel Delbrück 22.4.

Auf der Titelseite findet man die Vermerke: Am 1. September d.J. wieder vorzulegen. Abgefertigt 25/4 mit 4 Anlagen.

Zum sachlichen Inhalt des Briefes verdient besondere Beachtung die unscheinbare Formulierung – Eine Beschlußname über die sonstigen Vorschläge der Commission ist noch nicht erfolgt. Nach Wissen des Verf. kann nicht die Rede davon sein, dass der Commissionbericht (BBPF) weitere Beschlüsse (des Bundesrats?) gefordert hätte oder generieren sollte. Es bestand kein Handlungszwang. Obige Formulierung war ein Produkt des RKA und lässt sich so interpretieren, dass man der öffentlichen Förderung der Polarforschung in Deutschland noch Türen offen halten wollte.

Die Anfragen des AA sind erfolgt und es gab Rückfragen und Wiedervorlagen (s. Formular zur Wiedervorlage v. 9. Mai 1877 mit diversen Einträgen bis 23.10.79). Inwieweit das AA bei den oben genannten Staaten wiederholt auf Antworten gedrungen hat, wurde nicht ermittelt. Der erste in den Akten des RKA befindliche Brief, Eingang gemäß Stempel 12.6.1878, hat eine Nachricht aus Russland in der Anlage. Dieser vierseitige französische Brief an den Deutschen Botschafter, St. Petersburg 1./13. Mai 1878, bezieht sich auf ein fast zwei Jahre zurückliegendes Schreiben vom 4./16. Mai 1876 (das AA hatte 1876 also prompt reagiert). Das Schreiben würdigt den BBPF, der weit reichender und vollständiger sei als der österreichische Plan der Herren Wilczek und Weyprecht (von dem man offenbar voraussetzte, dass er hier diskutiert wurde). Die russischen Wissenschaftler der kaiserlichen Geographischen Gesellschaft wären sich der Bedeutung der IPY-Idee bewusst und brächten ihr Bedauern zum Ausdruck, dass es wegen der politischen Umstände, nicht, wie geplant, im September 1877 zu dem internationalen Meteorologen Kongress in Rom gekommen sei, wo man eingehender über

internationale Polarforschung zu diskutieren hoffte – *pour les progrès de la connaissance de la physique du globe*. Der Kongress fand endlich im April 1879 in Rom statt.

DAS REICHSAMT DES INNERN (RAI) MUSS SICH MIT DEM INTERNATIONALEN POLARJAHR BEFASSEN

Es dauerte über ein Jahr, bis zum 31.12.1879, bis wiederum ein Schreiben aus dem AA im RKA/RAI einging. In diesem wird berichtet, in Hamburg habe eine *Internationale Konferenz* stattgefunden, auf welcher *die wissenschaftliche Erforschung der Nordpol-Gegenden beschlossen worden sei*. Im AA hätte man sich damit befassen müssen, weil eine Anfrage des *hiesigen Schwedisch-Norwegischen Gesandten* (Baron Bildt) vorlag, der wissen wollte, inwieweit sich die Preußische Regierung (*sic*) an einer entsprechenden Aktion zu beteiligen gedachte. Dass in Hamburg eine internationale Konferenz stattgefunden hatte, war den Herren im RKA/RAI offenbar völlig neu und auch eine Anfrage beim preußischen Ministerium der geistlichen Unterrichts und Medicinal Angelegenheiten (Staatsminister Puttkammer) brachte keine Aufklärung - man war hier, hieß es, nicht gebeten worden einen Delegierten nach Hamburg zu entsenden.

Zwar befindet sich in den Akten des RAI ein Exemplar des gedruckten Berichts zur Hamburger Konferenz mit dem Eingangsvermerk 25.1., aber erst mit Datum 9.2.1880 ging ein Brief an den Chef der Admiralität v. Stosch ab (die Anfrage der schwedisch-norwegischen Gesandtschaft in der Anlage), in dem man um Aufklärung über die Konferenz und die Rolle Neumayers bat, von der man nur aus den *Tageblättern* unterrichtet sei. Im Folgenden v. Stoschs Antwort:

16. Februar 1880

Auf die von Eur. Ex. unter dem 9. d. Monats - R.A. d. I. No. 1208 - ... an mich gerichtete sehr gefällige Anfrage, betreffend die internationale Konferenz zur Beratung der Organisation magnetischer und meteorologischer Beobachtungen in den Polgegenden beehre ich mich ganz ergebenst zu erwidern, wie eine solche auf Grund der bezüglichen Beschlüsse des vom Reich durch den Direktor der Seewarte Professor Dr. Neumayer beschickten zweiten internationalen Meteorologenkongresses und unter Beteiligung von verschiedenen Staaten, am 1. October unter dem Vorsitze des p. Dr. Neumayer in Hamburg zur Beschlußfassung der bezüglichen Fragen zusammengetroffen ist. Bei der maritimen Bedeutung der beabsichtigten Expedition und um von vorneherein volle Kenntniß der Sache zu haben, hatte ich den Vorstand des Hydrographischen Amtes, Kapitän zur See Freiherrn v. Schleinitz behufs Bewahrung der Konferenz zu dem Zweck abgeordnet, um sich über die zur Geltung gebrachten Gesichtspunkte zu informieren und von den Beschlüssen Akt zu nehmen welche hinsichtlich der von den Staaten zu gewährenden Unterstützung, gefaßt werden sollten. Die Berichte der genannten Herren über die Resultate der Konferenz, sowie der Anträge über die Art und Weise in welcher die Beteiligung des Reichs, beziehentlich der Kaiserlichen Marine an dem Unternehmen gewünscht wird, stehen noch aus; sobald dieselben bei mir eingegangen sind, werde ich nicht verfehlen, Eure Excellenz von den bezüglichen Ergebnissen ganz ergebenst in Kenntnis zu setzen. Ich bemerke übrigens noch ganz ergebenst, wie ich in Betreff der mir mündlich vorgetragenen Wünsche über eine eventuelle Theilnahme der Kaiserlichen Marine an der Expedition meine

Bereitschaft ausgesprochen habe, Allerhöchsten Orts meinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß dem Schiffe, welches als Stationär nach der Westamerikanischen Küste entsendet ist, soweit es sich mit seinen anderweitigen und hauptsächlich politischen Aufgaben verträgt, Befehl ertheilt wird, die Ziele des Unternehmens zu unterstützen und sich zur Ueberführung der Gelehrten Expedition von Südamerika nach der im Südatlantik gelegenen Insel South Georgia, woselbst die Einrichtung einer meteorologischen Station von deutscher Seite beabsichtigt wird, in einem geeigneten Südamerikanischen Hafen bereit zu halten.

Stosch

*An den königlichen Staatsminister
Und Staatssekretär des Innern
Herrn Hofmann
Excellenz*

Wie man erkennt ist v. Stosch über alles bestens unterrichtet, und der unangenehme Kanzleistil des Briefes täuscht nicht über eine gewisse Verlegenheit hinweg, darüber, die Herren vom RAI nicht vorsorglich über die IPY-Aktivitäten seiner Mitarbeiter informiert zu haben. Auffallend, dass er im Zusammenhang mit dem geplanten Stationsbau auf Südgeorgien keine weiteren Bemerkungen macht. Der völkerrechtliche Status der Insel wird nicht thematisiert. Beachtlich auch, dass über die Finanzierung der geplanten Aktion noch kein Wort verloren wurde.

Es darf an dieser Stelle wiederholt werden, dass v. Stosch dem RAI (und damit dem „allmächtigen“ Reichskanzler) keine Rechenschaft schuldete. Allerdings, unter dem Aspekt, dass man für die gewünschte Beteiligung am Internationalen Polarjahr auf Geld außerhalb des bestehenden Marineetats angewiesen war und ferner bedenkend, dass seine Beamten Neumayer und Georg von Schleinitz (1834-1910, Abb. 12) in einer öffentlichkeitswirksamen außenpolitischen Grauzone agierten, wäre es angebracht gewesen, schnellstens eine gute Abstimmung mit dem RAI herbeizuführen.



Abb. 12: Georg von Schleinitz (1834-1910), kommandierte 1874-1876 die Korvette „SMS Gazelle“ auf ihrer Forschungsreise um den Globus, deren Hauptziel die Beobachtung des Venusdurchganges im Dezember 1874 auf den Kerguelen-Inseln war. Ab 1876 Nachfolger Neumayers als Vorstand des Hydrographischen Amtes der Admiralität (Bundesarchiv Berlin).

Offenbar sah sich das RAdI gegenüber dem AA wegen der schwedischen Nachfrage immer noch in Erklärungsnot. V. Stoschs Brief wurde der entsprechenden Antwort vom 29.2.1880 beigelegt und weitere Nachrichten zugesagt, sowie die weiteren von v. Stosch versprochenen Aufklärungen eingetroffen wären. Diese gingen am 22.4.1880 im RAdI ein. Dem Anschreiben waren eine Denkschrift und Karten beigelegt. Diese erste Denkschrift (41 S. handgeschrieben) zu kommentieren, muss hier widerstanden werden. Nur soviel: Formal berief man sich auf den BBPF vom 12. Oktober 1875, wobei alles unterdrückt wurde, was der IPY-Idee nicht förderlich schien. Betreffend die Stationswahl auf der Südhemisphäre war die Besetzung Südgeorgiens, die in der Denkschrift eloquent motiviert wurde, unstrittig. Diese sollte mit Hilfe der Marine erfolgen. Im Norden standen zwei Ziele zur Diskussion, die Ostküste Grönlands und die Insel Jan Mayen. Im Falle der Besetzung Jan Mayens kalkulierte man mindestens hinsichtlich der Abholung mit der Hilfe der Marine.

Man darf es als sicher annehmen, dass Neumayer und Schleinitz sehr gerne die Küste Ostgrönlands – in der Nähe der Sabine-Insel, also im Bereich der Überwinterung der zweiten deutschen Nordpolarexpedition 1869/70 als Basis einer IPY Station gesehen hätten. Wegen der damit verbundenen Schwierigkeiten und Risiken war aber auf die Hilfe der Marine nicht zu rechnen (was nicht zuletzt auch v. Stosch in seinem Anschreiben zum Ausdruck brachte). Die Denkschrift brachte den Neubau eines Spezialschiffes in der Art der „Admiral Tegetthoff“ ins Spiel. Der Baupreis sollte danach 200.000 Mark nicht überschreiten. Dazu kämen die Kosten für die Besatzung für 18 Monate. Mit dieser Variante wäre die Expedition, wie 1874/75 von den Bremern vorgeschlagen, im Rahmen des IPY noch Wirklichkeit geworden.

An anderer Stelle waren bereits die Kosten eines reinen 18-monatigen Stationsbetriebes einschließlich der Gebäude und des Materials auf 110.000 Mark beziffert worden. Abhängig von der Inanspruchnahme optionaler im Gutachten verstreuter Posten, konnte man für die Beteiligung am IPY zwischen 110.000 Mark und 500.000 Mark kalkulieren. Hier sei angemerkt, dass in einer 32-seitigen Eingabe der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin vom 4. März 1881 die Ostgrönlandvariante mit eigenem Schiff favorisiert wurde, wobei die Kosten die Höhe von *ppr.* 600.000 Mark nicht überschreiten sollten. Eine weitere Möglichkeit, die 1881 ausführlich diskutiert wurde, bestand in der Charterung eines eisgängigen Spezialschiffes. Auch diese Idee wurde, es war die Rede von 63.000 Mark Charterkosten, nicht weiter verfolgt.

Von Stosch hatte in seinem Anschreiben zum Ausdruck gebracht, dass er mit den Aufgaben und Zielen des IPY konform ging und diese unterstützen würde, dass er die Kosten der Expeditionen aber nicht aus dem Haushalt der Marine bestreiten könne. Er bot an, diese in den Haushalt 1881 einzustellen, und erbat zu diesem Vorschlag eine Rückäußerung.

ABLEHNUNG EINER BETEILIGUNG AN DER INTERNATIONALEN POLARFORSCHUNG DURCH DIE REICHSREGIERUNG

Auf diese Rückäußerung musste v. Stosch allerdings lange

warten. Zunächst wandte sich v. Hofmann an das Reichsschatzamt (1. Juni 1880), um eine Übereinkunft für ein gemeinsames ablehnendes Vorgehen in der Sache zu eruieren. Die Antwort des Schatzamtes, von Scholz, datiert vom 17. Juni 1880 und gibt zum Ausdruck, dass er sich der weiteren Initiative des RAdI anschließen wird.

Diese erfolgte verabredungsgemäß in Form eines Briefes an den Reichskanzler, den Scholz und Hofmann gemeinschaftlich unterzeichneten (4. August 1880). Der wichtigste Teil des Briefes lautet (Transkription nach einem Briefentwurf): *Darüber ob andere Seestaaten, namentlich Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika, welche beide auf der erwähnten Konferenz nicht vertreten gewesen sind – im Falle einer Verwirklichung des Unternehmens an demselben sich zu beteiligen gesonnen sind, liegen Nachrichten hier nicht vor. Wir halten es auch zunächst nicht für erforderlich, solche einzuziehen. Denn im Hinblick auf die Stellung, welche der Bundesrath laut seines Beschlusses vom 6. März 1876 § 127 der Protokolle zu einem ähnlichen Projekte eingenommen hat, und ferner in Betracht der gegenwärtigen Finanzlage des Reichs scheint uns die Zulässigkeit der Verwendung so beträchtlicher Mittel, wie der in der Denkschrift enthaltene Kostenüberschlag sie versichert (zwh), aus Reichsfonds zur Zeit ausgeschlossen zu sein, zumal die in der Denkschrift vorausgesetzte Mitwirkung deutscher Kriegsschiffe, laut der Erklärung des Herrn Chefs der Admiralität nicht in ... zu nehmen ist. Der überhaupt wohl unzureichend bemessene Kostenanschlag würde hiernach noch eine bedeutende Erhöhung erfahren müssen*

Hier sind keine tief schürfenden Analysen notwendig, um zu der Erkenntnis zu gelangen, dass hier mit gezinkten Karten gespielt wurde. Anders verhält es sich, wenn man nach dem Warum fragt. Eine Idee sei geäußert: Hofmann könnte der Meinung gewesen sein, dass jede Vorlage, die dem Herrn v. Stosch abträglich war, dem Reichskanzler, bei dem man sich gerne anbot, eine Genugtuung bedeutete. Der Brief erreichte auch seinen Zweck. Aus Bad Kissingen antwortet Bismarcks Sohn Herbert (1849-1904) am 16. August 1880:

Euer Hochwohlgeboren geneigtes Schreiben von vorgestern (RAdI No 8355) die Polargegenden-Erforschung betreffend, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt, und habe über die wieder beigelegten Anlagen dem Herrn Reichskanzler Vortrag gehalten. Derselbe ist damit einverstanden, daß das darunter befindliche Schreiben der Admiralität, Ihrem Antrage entsprechend ablehnend beantwortet werde. Bei Aufführung der Motive, welche gegen die Betheiligung des Reichs an der Durchführung des fraglichen Projekts sprechen, bittet der Herr Reichskanzler besonders hervorheben zu wollen, daß bei dem jetzigen Stande unserer Finanzen und bei dem geringen Entgegenkommen, welches die Regierung erfahrungsmäßig für ähnliche Vorlagen im Reichstag fände, (er) nicht dafür stimmen könne, einen so bedeutsamen Posten, wie das betreffende Unternehmen erfordern würde, in den Etat aufzunehmen: er glaube vielmehr, dass wir unsere desfallsigen Anforderungen auf das unabweislich Nothwendige einschränken müßten.

Unterschrift Graf Bismarck

Adressiert an

Den Geheimen Oberregierungs Rath Herrn von Möller

Die Anlage bestand aus zwei Karten und zwei Drucksachen.

Eingangstempel R.A.d.Innern 17.8.80

Man beachte das Schreiben, das nun endlich den Brief von v. Stosch vom April beantwortete (Transkription nach einem Briefentwurf):

Berlin den 21. August 1880

An den Chef der Admiralität Herrn v. Stosch Excellenz

Vermerke: Sr. Excellenz dem Staatssekretär des Reichsschatz-amts Herrn Scholz zur gefälligen Mitzeichnung der Verfügung zu 1. ganz ergebenst vorzulegen (Abschrift) Reichsschatzamt pr. d. 20. Aug. 80 I. 3110

Schleunig

No. 10708 1. Ang.

Eur. Ex. beehren wir uns auf das gefällige Schreiben v. 20ten April d. J. -M482- betreffend die wissenschaftliche Erforschung der Polargegenden, ganz ergebenst zu erwidern, daß der Herr Reichskanzler nachdem ihm über Ihre Angelegenheit Vortrag gehalten wurde, sich gegen eine Betheiligung des Reiches an diesem Unternehmen ausgesprochen hat. In Hinblick auf die Stellung welche der Bundesrath laut seines Beschlusses vom 6. März 1876 / § 127 der Protokolle zu einem ähnlichen Projekt eingenommen hat, namentlich aber in Betracht der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches und des geringen Entgegenkommens welches die Kaiserliche Regierung erfahrungsgemäß bei ähnlichen Vorlagen im Reichstag bisher gefunden hat, kann der Reichskanzler nicht dafür stimmen einen so bedeutenden ... Betrag wie das in Rede stehende Unternehmen erfordern würde, in den Etat aufzunehmen. Der Herr Reichskanzler glaubt vielmehr, daß die Kaiserliche Regierung ihre derfallsigen Anforderungen auf das unabweisbar notwendige einschränken müßte.

Dass dieser Brief, in verschiedener Hinsicht, vorsichtig ausgedrückt, unzulänglich war, bedarf keiner großen Erläuterung. Ob v. Stosch damals aber über dieses Papier lachen konnte, darf bezweifelt werden. Die Hoffnung, die deutsche Beteiligung am Internationalen Polarjahr durch ein Kanzlerveto zu sichern, schien vertan – und natürlich hatte das RA dI auch das AA schon über die Ablehnung der deutschen Teilnahme am IPY informiert, das damit endlich der Schwedisch-Norwegischen Gesandtschaft eine Antwort geben konnte!

EINE KAMPAGNE FÜR DAS INTERNATIONALE POLARJAHR

Erst im Frühjahr 1881 versuchten Neumayer und v. Stosch noch einmal einen energischen Vorstoß von verschiedenen Richtungen, um das Internationale Polarjahr doch noch zu etablieren.

Ein vermutlich kontraproduktiver Vorgang war ein 19 Kanzeiseiten langer Brief Neumayers an Bismarck (datiert mit 5. März 1881). Neumayers Brief, der sachlich wenig Zwingendes hat, war in einem Stil geschrieben, der – gemessen an den damaligen Gepflogenheiten – vorsichtig formuliert, antiquiert war, und den Kanzler, der ja nicht ohne Humor beschrieben wird, vermutlich zum Lachen gereizt haben dürfte. Man darf aber vermuten, dass dieser den Brief nie zu Gesicht bekommen hat. Diese Möglichkeit hatte allerdings auch Neumayer schon in Betracht gezogen, anders ist es kaum zu erklären, dass er diesen über das AA an Bismarck adressierte! Das AA schickte den Brief umgehend an das RA dI. Eine Kostprobe: (S. 16/17):

Welch' ein Schaden aber dem Wohle der Menschheit aus einer

gänzlichen Aufgabe oder einer nur theilweisen Durchführung des Planes einer systematischen Erforschung der Polar-Gebiete erwachsen würde, ist im Vorstehenden flüchtig angedeutet worden.

Euer Durchlaucht werden, sollte hochdieselben dem Unternehmen Gunst und Interesse zu zuwenden die Gewogenheit haben, dem Ruhmeskranze, welchen das dankbare Vaterland und die Geschichte Euer Durchlaucht längst zuerkannte, ein unverwelkliches Blatt hinzufügen und Hochdero großen Namen für alle Zeiten mit einem epochemachenden wissenschaftlichen Ereignis(sen) verknüpfen ...

Dass es sich bei der Durchführung des Internationalen Polarjahres aus verschiedenen Gründen tatsächlich um ein epochemachendes Ereignis handeln könnte, war nicht abwegig. Falls Neumayer damals diese Behauptung ernst genommen hat, dürfte er dabei allerdings zunächst an sich und seine Rolle gedacht haben.

Interessant ist noch Neumayers Darstellung der Vorgeschichte (S. 10/11/12): *Die erste Anregung zu einer systematischen Forschung innerhalb der Polargebiete ging von den bekannten Polarfahrern Graf Hans von Wilczek und Linienschiffs-Lieutenant Weyprecht aus. Den nachhaltigsten Impuls dazu gab jedoch der Bericht der wissenschaftlichen Kommission welche auf Veranlassung des Reichskanzleramts im Oktober 1875 zur Beurtheilung der Polarfrage in Berlin zusammengetreten war. Nun sind die vorbereitenden Maaßnahmen auf internationalen Kongressen und Konferenzen berathen und im Allgemeinen festgesetzt.*

Durchaus im Zusammenhang mit Neumayers Brief vom 5.3.1881 dürfte die Eingabe der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin vom 4.3.1881 stehen, von der schon im Zusammenhang mit dem Finanzbedarf die Rede war. Diese Eingabe, die sich auch direkt an Bismarck richtete, war von 22 prominenten Mitgliedern des Vorstandes und des Beirates unterschrieben (Neumayer, der zeitweilig stellvertretender Vorsitzender der Gesellschaft war, gehörte nicht zu den Unterzeichnern). Auf eine ausführliche Kommentierung des 33 Seiten starken Aufsatzes muss hier verzichtet werden. Aber einige Anmerkungen dürften zum besseren Verständnis der Vorgänge rund um die deutsche Teilnahme am IPY von Nutzen sein. Zunächst muss daran erinnert werden, dass sich die berühmte Gesellschaft, 1828 von Alexander v. Humboldt (1769-1859) und Carl Ritter (1779-1859) gegründet, im Zusammenhang mit dem Bremer Antrag nur halbherzig engagiert hatte und dass im Vorfeld der Antragstellung sogar Behinderungen von ihr ausgingen, die offenbar im Zusammenhang damit standen, dass man eine Mittelkonkurrenz zur Afrikaforschung unterstellte. Der Aufsatz vom 4.3.1881 lässt davon aber nichts mehr erahnen. Viel sicherer, zwingender und zum Teil auch moderner als bei Neumayer, wird hier die Nützlichkeit der Polarforschung für die Entwicklung der Wissenschaften dargestellt. Die Gesellschaft für Erdkunde betont, dass Polarforschung eben viel mehr ist als Meteorologie und Geomagnetik und dass das Stationsprinzip und die internationale Zusammenarbeit unter diesem Aspekt nur von beschränktem Nutzen wäre. Auf Seite 24 des Aufsatzes liest man: *Wenn auch die meisten Zweige der Naturwissenschaften keineswegs eine Vereinigung der Nationen erheischen, um den Erfolg zu sichern und wenn deshalb einem ganz selbständigen Vorgehen*

Deutschlands hierin unsererseits auch nur das Wort geredet werden kann, so verhält es sich doch anders mit dem auf dem Felde der Meteorologie und des Magnetismus liegenden Problemen, welches ein gleichzeitiges Beobachten nach ein und demselben System auf einer größeren Anzahl um die Pole vertheilter Stationen erfordern und deren Lösung daher auch nach der Unterzeichneten unmaßgeblicher Meinung nicht ohne Zusammenwirken einiger Nationen zu ermöglichen sein wird. Sehr deutlich äußern sich die Herren auch auf S. 29: Zur Beurtheilung des Umfanges, welcher danach der Untersuchung zu geben wäre, sei angeführt, daß während für die Zwecke der Meteorologie die Einrichtung und einjährige Besetzung je einer Beobachtungsstation genügen würde, den anderen Zweigen der Naturkunde nur gedient sein kann, wenn nach jedem der Eismeere eine wissenschaftlich organisierte Polarexpedition zu Schiffe entsandt würde, für deren Operationen die zu errichtende meteorologische Station nur den Ausgangspunkt und die Basis zu bilden hätte. Für den Norden würde es zur Lösung diese Aufgaben eines besonders eingerichteten Polarschiffes bedürfen und müßte die Expedition auf eine mehrjährige Abwesenheit zugerüstet sein, denn hier empfiehlt es sich aus verschiedenen Gründen die Forschung dort anzuknüpfen, wo die letzte deutsche Nordpolarexpedition sie gelassen hat, also zur eisumgürteten Ostküste Grönlands vorzudringen.

Diese Eingabe steht also in einem nicht unerheblichen Grade in einem Widerspruch zu Neumayers Ausführungen, da internationale Zusammenarbeit zwar als wünschenswert erachtet, aber nicht als *conditio sine qua non* gesehen wird. Im Rahmen der bisher bekannt gewordenen Argumente war das ein Vorteil, da die Nützlichkeit der Expedition auch ohne die Zusage internationaler Partner gegeben war. Nachteilig war allerdings, dass man für dieses System Kosten in Höhe von 600.000 Mark als notwendig erachtete.

Der zitierte Aufsatz der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin ging offenbar direkt an das RAdl und ist, anders als Neumayers Brief, mit zahlreichen fremden Vermerken versehen, die darauf hindeuten, dass er wie vorgesehen weitergeleitet wurde.

Schon bevor die zitierten Briefe im RAdl eintrafen, hatte sich v. Stosch in zwei Schreiben an den neuen Chef des Amtes, den Staatssekretär und preußischen Staatsminister v. Boetticher gewandt. Dieser galt als konziliant und ersichtlich erhoffte sich v. Stosch von diesem mehr Verständnis für sein Anliegen, als es sein Vorgänger gezeigt hatte: Nachdem er seine uneingeschränkte Sympathie für das IPY-Vorhaben bekundet hat, argumentiert er in drei Richtungen: a) Ohne die Beteiligung Deutschlands sei das ganze Unternehmen in Frage gestellt. Das Unternehmen wäre aber von großem wissenschaftlichen Nutzen. b) Die finanzielle Lage des Reiches hätte sich gebessert und c) man möge sich erneut der internationalen Beteiligung versichern.

Von Boetticher nahm dieses Schreiben zum Anlass sich an seinen neuen Kollegen im Schatzamt zu wenden (Briefentwurf vom 14.2.1881). Der antwortete zwar zögerlich, aber ziemlich deutlich:

Reichsschatzamt 5. März 1881

Euer Excellenz beehre ich mich auf das gefällige Schreiben vom 14.v. M., das Projekt internationaler Polarforschungen

betreffend, ganz ergebenst zu erwidern, daß ich jetzt eine wesentliche Änderung der finanziellen Lage des Reichs, welche dazu berechtigen würde, dem Herrn Reichskanzler zum Aufgeben der von ihm im Laufe des vorigen Jahres bezüglich dieser Angelegenheit eingenommenen Standpunktes zu rathen, nicht zu erkennen vermag. In diesem Sinne, dem geneigten dortseitigen Erbietem gemäß, das anbei zurückfolgende Schreiben des Chefs der Kaiserlichen Admiralität vom 31. Januar c. gefälligst beantworten zu wollen, darf ich Eurer Excellenz ergebenst anheimstellen. gez. Scholz.

Ganz wie v. Scholz vorgeschlagen hatte, beschied v. Boetticher mit einem Brief datiert 14.3.1881 den Chef der Admiralität, ... dass er zu seinem lebhaften Bedauern nicht in der Lage sei, dem Herrn Reichskanzler zum Aufgeben des ... von ihm in dieser Angelegenheit eingenommenen Standpunktes zu rathen, da auch jetzt eine wesentliche Änderung der finanziellen Lage des Reichs, welche hierzu berechtigen würde, nicht zu erkennen ist.

DER REICHSTAG RETTET DIE DEUTSCHE TEILNAHME AM INTERNATIONALEN POLARJAHR

An dem Tag, an dem das oben zitierte ablehnende Statement an v. Stosch im RAdl formuliert wurde, fand die 15. Sitzung der 4. Legislaturperiode des Reichstags statt. Auf der Tagesordnung standen Etatberatungen. Der Abgeordnete Dr. Rudolf Virchow (1821-1902) hatte zu einem marginalen Titel über den Betrag von 71.000 M. eine Wortmeldung erbeten. Was zunächst wie eine Parlamentsposse anmutete, die für Heiterkeit und Bravos sorgte, hat zweifellos deutsche Wissenschaftsgeschichte geschrieben, und den Beginn des Weges zu einer offiziellen Zustimmung zu einem deutschen IPY Beitrag markiert. Um eine Idee davon zu bekommen, wie die Sache eingefädelt war, genügt es, die einleitenden Worte Virchows zu zitieren (Parlamentsprotokolle 4. Leg. P. 1881 S. 333): ... *Es handelt sich meine Herren, in diesem Augenblick um eine ungemein dringliche wissenschaftliche Angelegenheit, die in früheren Zeiten die Reichsbehörden schon anhaltend beschäftigt hat, die aber seit dem mit einer gewissen Ungunst behandelt worden ist.* Und so den Grund vorbereitet, macht es Virchow keine Schwierigkeiten die Wichtigkeit der Polarforschung im Allgemeinen und die Teilnahme an einer internationalen Aktion im Speziellen, sachkundig darzulegen. Dass Virchow hervorragend präpariert war, ersieht man aus Details seiner Rede. Insbesondere zeigte er sich bestens informiert über den Sachstand der internationalen Beteiligungen. Und, obwohl er nicht zu den Unterzeichnern der Eingabe der Gesellschaft für Erdkunde gehörte, kannte er das Papier. Noch beachtlicher war, er hatte Kenntnis von den internen Ablehnungsgründen: ... *. Sonderbarerweise hat man mir mitgeteilt, daß einer der Gründe, weshalb man gegenwärtig von Seiten der höchsten Instanzen des Reiches nicht geneigt gewesen ist, auf die Sache einzugehen, darin gelegen hat, daß man ein freundliches Entgegenkommen des Reichstages nicht erwartet habe.* Lässig konnte Virchow dieses Argument kommentieren und versichern, wie wichtig dem Reichstag die Stützung der Wissenschaft wäre. Er regte an, bei der dritten Lesung zu versuchen, eine entsprechende Position zu etablieren, was das Plenum mit Bravorufen quittierte. Es heißt dann: *Das Wort hat der Herr Bevollmächtigte zum Bundesrath Staatssekretär des Innern v. Boetticher. Dieser beeilte sich zu versichern die*

Reichsregierung steht den Bestrebungen, die gerichtet sind auf die Erforschung der Polargegenden sehr sympathisch gegenüber und sie hat namentlich mit sehr großem Interesse Kenntnis genommen von den Arbeiten der Polarkonferenz ...

Erkennbar machte v. Boetticher an diesem Tag sich krass widersprechende Aussagen. Der Ausweg aus diesem Dilemma wurde ihm weitgehend von Außen diktiert, wobei seine zunehmende Bereitschaft zur Unterstützung des IPY erkennbar wurde.

Die Polarsache wurde seit Beginn des Jahres 1881 von seinem Mitarbeiter Weymann betreut, der, soweit ersichtlich, zwar keine eigene Initiative entwickelte, aber alle Vorgänge sehr korrekt behandelte. Von Boetticher hatte an Weymann verwiesen, als sich der Reichstagsabgeordnete Georg Thilenius wegen der Polarsache an ihn wandte. Von Thilenius stammt der folgende Brief:

Berlin SW. Anhaltstr. 14 d. 24.3. 81

Hochverehrter Herr Geheimrath!

Ihr hoher Chef hat die Güte gehabt, mich in der Polarforschungsangelegenheit, die ich angesichts der Dringlichkeit der Sache durch einen entsprechenden Antrag im Reichstag weiter verfolgen möchte, an Sie zu verweisen.

Ich würde nicht daran denken die Sache aufzunehmen, wenn nicht Exc. v. Bötticher mir gesagt hätte, ein Antrag aus dem Reichstag, der die Regierung veranlaßt die Polarforschung in's Werk zu setzen, würde nicht inopportun sein.

Meiner Ansicht nach gibt es zwei Wege zum Ziel:

1) Der Reichstag beschließt auf Antrag direct die Summe von 300.000 Mark für Erforschung der arktischen Regionen durch Einrichtung von Beobachtungsstationen nachträglich in den Etat einzustellen.

Erstmal würden für dieses Jahr 200.000 Mark genügen für's nächste 100.000 Mark.

2) Der Antrag könnte lauten der Reichstag möge beschließen: den Herrn Reichkanzler aufzufordern unverweilt Maßnahmen zu treffen, welche die Einrichtung von Beobachtungsstationen an den Polen resp. zur Erforschung der Polarregionen in diesem Jahr ermöglichen.

Die Regierung würde im Falle der Annahme eines solchen Antrags dann mit einer Nachtragsforderung an den Reichstag kommen müssen.

Der letzte Weg scheint mir mehr Aussicht auf Erfolg zu haben als der erstere.

Sie haben wohl die Güte, die Sache in Erwägung zu ziehen. Ich erlaube mir dann morgen gegen 2 Uhr auf ihrem Bureau mündlich mit Ihnen weitere Rücksprache zu nehmen.

Genehmigen Sie hochachtungsvollen Gruß von Ihrem ergebensten

Dr. Georg Thilenius

Bei der Rücksprache wurde offensichtlich der zweite Vorschlag einvernehmlich akzeptiert. Der besagte Antrag, der die Nummer 94 trägt – wurde von den Abgeordneten Virchow, Thilenius und v. Wedell-Malchow eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen den Herrn Reichkanzler zu ersuchen, er wolle geeignete Maßnahmen treffen, um eine Beteiligung Deutschlands an der Erforschung der Polargegenden, zunächst im Interesse der Meteorologie, der Aufklärung der erdmagnetischen Erscheinungen und, soweit thunlich, auch im Interesse der Erdkunde und der übrigen Naturwissenschaften in Verbindung mit anderen Nationen,

welche in gleicher Richtung vorzugehen bereit sind, herbeizuführen.

Berlin den 8. April 1881

Es folgen 35 weitere Unterschriften von zum Teil prominenten Unterstützern.

Weymann war auch der Adressat eines langen Briefes von Neumayer, datiert Hamburg 23.4.1881 Man erfährt, dass sich dieser am 25.3. in Berlin aufgehalten hatte und bei dieser Gelegenheit mit Weymann zusammengetroffen war. Thilenius wiederum war in der verflossenen Woche in Hamburg gewesen und daher war Neumayer darüber informiert, dass der Antrag am 27.4. im Reichstag zur Debatte gestellt würde. U.a. berichtet Neumayer von den neuesten Entwicklungen der internationalen Beteiligung und jongliert mit Zahlen: ... *daß also jedenfalls eine Summe von 200.000 bis 300.000 R.M. schon jetzt vorgesehen werden mußte.* Der Brief legt nahe, dass Neumayer in Weymann einen Unterstützer sah. Letzterer war zweifellos in jenen Tagen gut beschäftigt, galt es doch für v. Boetticher eine Reichstagsrede vorzubereiten, die selbstverständlich schnellstens in Reinschrift vorliegen musste.

Die Debatte auf der 34. Sitzung am 27.4.1881 eröffnete der Antragsteller Thilenius (Reichstagsprotokolle S. 834). Seine viel zu ausführlichen Darlegungen langweilten ganz offensichtlich das Plenum, denn der Präsident musste die Abgeordneten um *mehr Ruhe* bitten. Immerhin, nach seinen Schlusssätzen, die besonders auf die wirtschaftliche Bedeutung der Forschungsarbeiten hinwiesen, vermerkt das Protokoll ein Bravo.

Der Herr Bevollmächtigte zum Bunderath (Ausschussmitglied), Chef der Kaiserlichen Admiralität v. Stosch konnte in seinem kurzen Beitrag, in dem er versicherte, soweit ihre Mittel es nur irgend zulassen, soweit wird die Admiralität mit ihren Schiffen unterstützend eingreifen, gleich zwei Bravos einheimsen.

Sehr viel schwerer hatte es v. Boetticher. Aber dieser erledigte seine Aufgabe souverän. Er nahm zunächst noch einmal Bezug auf Virchows Rede vor dem Reichstag vom 14.3. und wies energisch dessen Behauptung zurück, die Reichsregierung habe seit dem Kommissionsbeschluss von 1876 nichts mehr unternommen. *Diese Behauptung ist nicht richtig, und aus dem, was ich Ihnen jetzt zu sagen die Ehre haben werde, werden Sie erlauben, daß in der Tat damals die Reichsregierung dazu übergegangen ist, diesen Kommissionsarbeiten eine weitere Folge zu geben.* Nachdem er die Wichtigkeit zirkumpolarer Stationen referiert hatte, fuhr er fort: *Es lag in der Natur der Sache ... daß diese Aufgabe nicht von einem einzelnen Staat ... zu leisten sei, sondern, daß es zu diesen Zweck der Kooperation der größeren, vorzugsweise interessierten Staaten bedürfe. Der Herr Reichkanzler hat damals, indem er diesen Gesichtspunkt akzeptierte, sich in Verbindung gesetzt mit Rußland, Schweden, Norwegen, Großbritannien, und den Vereinigten Staaten von Amerika, er hat den Regierungen dieser Staaten die Kommissionsarbeiten mitgeteilt und sie um eine Äußerung ersucht, ob sie mit den Grundzügen des von der Kommission aufgestellten Programms sich einverstanden erklären könnten und ob sie vorbehaltlich einer näheren Verständigung über die Modalitäten an der Ausführung des Planes sich zu beteiligen geneigt wären. ... Leider hat aber dieser Schritt sehr wenig Gegenliebe gefunden*

... Im Weiteren konnte v. Boetticher ganz gelassen ausführen, dass man offizielle Nachrichten wegen der IPY Beteiligung nur von der russischen Regierung habe. Er weiß ferner von ein paar halboffiziellen Sachen zu berichten und verweist den Rest der Angaben seiner Vorredner über die internationale Beteiligung in das Reich der Vermutungen. Genüsslich widmet er sich dann dem Nebeneinander der verschiedenen Kostenanschläge, von den 100.000 M die Virchow als Minimum bezeichnet hatte, bis zu den 600.000 M die die Gesellschaft für Erdkunde für notwendig hielt. Und betreffend die Denkschrift kann er seinem Auditorium leicht suggerieren, dass deren Verfasser nicht wissen was sie wollen, wenn hier die Kosten zwischen 256.000 M und 456.000 M variieren. Brühwarm kann er auch aus dem Schreiben Neumayers an Weymann die Stelle zitieren, dass sofort 200.000 M bis 300.000 M bereitgestellt werden müssten. Boetticher beendet seinen Vortrag mit den Worten: *Meine Herren, wir werden nach wie vor diesen Gegenstand im Auge behalten, wir werden nach wie vor uns bemühen, daß die Zwecke, welche die Wissenschaft mit der Polarforschung verbindet, erreicht werden, aber wir können bei der gegenwärtigen Finanzlage des Reichs und mit Rücksicht auf die Momente, welche vorzutragen ich die Ehre gehabt habe, nicht versprechen, daß wir sofort an die Ausführung des Unternehmens herantreten.* Das Protokoll vermerkt: Bravo.

Dass auch Virchow von dem Auftritt Boettichers beeindruckt war, lassen seine ersten Sätze durchschimmern, als er als Letzter vor der Abstimmung zu Wort kam. Man merkt, dass Virchow von den vorangegangenen RKA Aktivitäten überrascht war und sich über seine fehlerhafte Bemerkung vom 14.3. ärgerte. Auch die finanzielle Seite der Sache schien ihm nicht geheuer gewesen zu sein, denn er äußerte: *Ich bedaure, daß durch eine gewisse, wie mir scheint, überstürzende Bestrebung nunmehr in diese Finanzfrage eine Art von Voreingenommenheit hineinkommt, die, wie mir scheint, das Urtheil ungünstig beeinflusst.* Virchow fand aber aus dieser Depression wieder heraus, indem er einen ganz neuen Gedanken ins Spiel brachte, dass die Regierung nämlich im wissenschaftlichen Wettstreit ähnlichen Ehrgeiz wie im militärischen an den Tag legen sollte, *und je mehr sie sich mit diesen Problemen beschäftigt, auch ein größeres Interesse daran gewinnen wird, um in diesem friedlichen Wettstreit mindestens eine ähnlich bedeutende Stellung einzunehmen.* Er variierte diesen Gedanken noch, indem er der Marine mehr wissenschaftlichen Geist suggerierte: *Wäre es möglich für eine Reihe von Problemen, die doch auch der Marine an sich nicht fern liegen, wie für diese Polaraufgaben, eine direkte Verbindung und einen laufenden Konnex herzustellen, so würde das, glaube ich, von seiten der Marine mit großen Freuden aufgenommen werden, und wir würden auf der anderen Seite Gelegenheit haben, unseren Offizieren lohnendere Aufgaben zu stellen, als sie ihnen bei diesen oft etwas ledernen Reisen, die sie jetzt zu unternehmen genöthigt sind, (Heiterkeit) meistens zufallen. Ich kann nur glauben, daß das dazu beitragen würde, eine frische Begeisterung, welche ja so notwendig ist, neu zu entflammen und zu unterhalten.* Virchow trug dann seine Bitte vor, den Antrag, der ja in Beziehung auf die Höhe der Summe nichts präjudiziert mit Einstimmigkeit anzunehmen. Die Mitglieder des deutschen Reichtages folgten diesem Vorschlag. Wie das Protokoll vermerkt, wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Dem Kanzler des Deutschen Reiches, Herrn Fürsten von Bismarck, wurde vom Präsidenten

des Reichtages noch am gleichen Tage der Antrag zugestellt.

Auch der weitere Verlauf der Entwicklung lässt sich an Hand der RADl Akten gut verfolgen. Schon am 12.5.1881 ging ein Handschreiben Neumayers bei Weymann ein (Abb. 13).

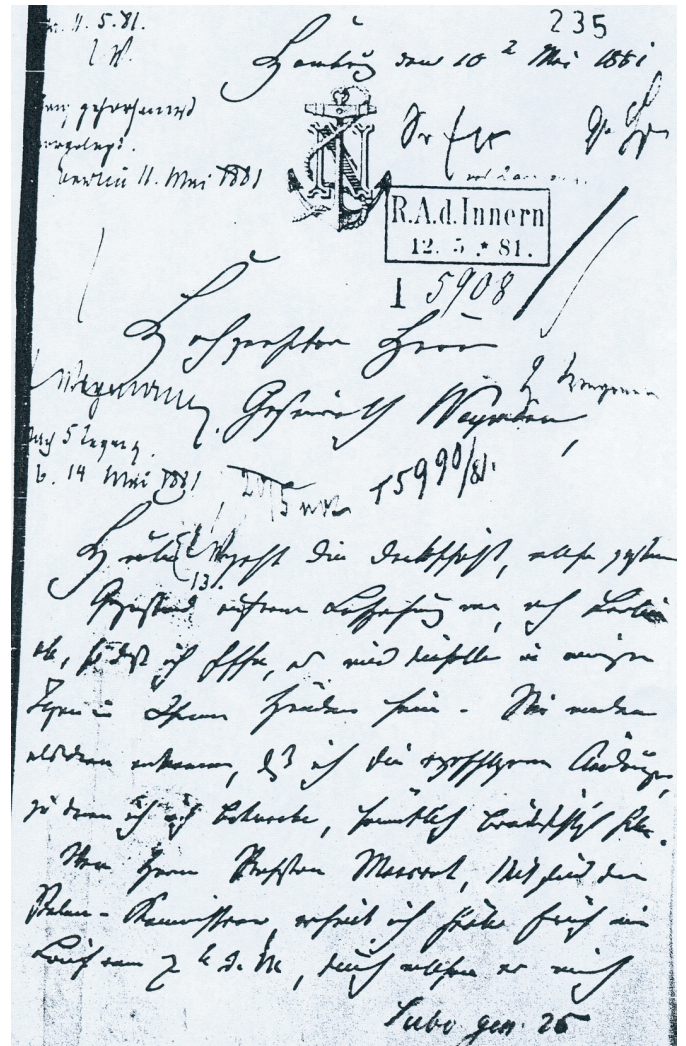


Abb. 13: Georg v. Neumayers Brief vom 10.5.1881 an Geheimrat Weymann im Reichsamt des Innern (S. 1 von 3, Bundesarchiv Berlin).

Hamburg den 10. Mai 1881
Hochgeehrter Herr Geheimrath Weymann.
Heute geht die Denkschrift, welche gestern Gegenstand unserer Besprechung war, nach Berlin ab, so dass ich hoffe, es wird dieselbe in wenigen Tagen in Ihren Händen sein. Sie werden alsdann erkennen, daß ich die versprochenen Änderungen zu denen ich mich bekannte, sämtlich berücksichtigt habe.
Von Herrn Professor Mascart, Mitglied der Polar Kommission, erhielt ich heute früh einen Brief v. 6. d. M. durch welchen er mich unterrichtet, daß Frankreich eine Polarstation auf Cap Horn aller Wahrscheinlichkeit errichten (zwh) werde. Die Sache ist eben jetzt von der Regierung der Republik in Erwägung gezogen. Wenn man sich deutscherseits recht beeilt zu einem Entschlusse zu gelangen, so würde die Errichtung einer Station auf Süd Georgien höchst vortheilhaft auf die Entschlüsse der Franzosen wirken.

Empfangen Sie ... Dank für die Geduld und Liebenswürdigkeit mit welchen Sie unseren Ausführungen gestern zuhörten und die Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung gez. Neumayer

Das besprochene Telegramm an Wild ging gestern 2 Uhr nach Petersburg ab.

Mit Begleitschreiben von v. Stosch ging die zweite Denkschrift zur deutschen IPY Teilnahme am 13. Mai im RAdl ein. Diese unterschied sich von der ersten durch eine größere Klarheit und Bestimmtheit. Wesentlich war, dass nun zehn Stationen benannt werden konnten, deren Aufbau und Inbetriebnahme gesichert sein sollten. Damit sei die 1879 in Hamburg formulierte Bedingung zur Mindestzahl der Stationen erfüllt und damit sei die Bedingungen zur Durchführung des IPY nunmehr gegeben, wird der IPY-Vorsitzende Prof. Heinrich Wild (1833-1902, Abb. 14) zitiert, der Neumayer schon auf der zweiten IPY-Konferenz 7.-9. August 1880 in Bern abgelöst hatte. Wild nahm dieses Ereignis zum Anlass, zu einer dritten Konferenz am 1. August 1881 nach St. Petersburg einzuladen.



Abb. 14: Heinrich Wild (1833-1902), Physiker und Meteorologe, leitete von 1868-1895 das physikalische Zentralobservatoriums in St. Petersburg. Wild war als Wissenschaftler und Wissenschaftspolitiker erfolgreich. Insbesondere hat er das meteorologische und geophysikalische Messnetz in Russland vorbildlich ausgebaut. Im Rahmen der IPY-Organisation und anderer internationaler Aktivitäten hat er größte Verdienste erworben (Bild. Erki Tammiksaar, Tartu).

In der Denkschrift werden bündig zwei Stationen benannt, die es einzurichten und zu bemannen gilt; im Norden auf Jan Mayen, im Süden auf Südgeorgien. Das Unternehmen wird streng auf den Zeitraum von 18 Monate begrenzt.

Die Forschungsvorhaben werden konform mit den Hamburger Beschlüssen definiert, d.h., jeder Erweiterung, wie sie der Gesellschaft für Erdkunde vorschwebte, wurde eine Absage erteilt. Der Finanzbedarf wird mit 300.000 M angegeben, wobei man Wert darauf legt, zu betonen, dass dieser Betrag nicht überschritten wird.

Es wird vorgeschlagen eine Executiv-Commission zu bilden für die *die Herren Geheimrath Dr. W. Siemens, Professor Dr. Foerster Director der Sternwarte zu Berlin, Geheimrath Helm-*

holtz oder Kirchhoff in Vorschlag gebracht werden.

Eine Bemerkung sei an dieser Stelle eingeflochten. Die Aussage, sich im Norden auf Jan Mayen zu etablieren, könnte man als Verlegenheitsreaktion bezeichnen. Die Wahl war wesentlich bedingt durch die selbst auferlegte Mittelbeschränkung, aber man wusste, dass auch die Österreicher mit diesem Ort liebäugelten und unstrittig die älteren Rechte hatten. Man muss aber speziell Neumayer zugute halten, dass er es zumindest versucht hat, später private Mittel zur Verwirklichung der Ostgrönlandidee zu mobilisieren. Dass die Deutschen letztendlich weder 1875 noch 1882 eine Ostgrönlandexpedition zustande gebracht haben, bleibt aus wissenschaftshistorischer Sicht ein signifikanter Mangel. Auch die verschiedentlich durch die Briefe geisternde Vorstellung, zusätzliche Fachwissenschaftler könnten, ganz im Sinne der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin, aber von anderen Institutionen finanziert, an den Expeditionen teilnehmen, sollte sich weitgehend als Illusion erweisen.

DIE REICHSREGIERUNG LENKT EIN – BISMARCKS ZWEITER BRIEF

Angesicht der erkennbaren Aktivitäten, zu denen auch noch verschiedene externe Einflüsse kamen, die über das AA an das RAdl weitergeleitet wurden (und hinter denen man den Versuch vermuten darf, den Deutschen Kollegen Schützenhilfe zu geben), musste es v. Boetticher klar sein, dass in der Polarsache Handlungsbedarf bestand. Er ließ sich allerdings Zeit bis zum 1. Juli 1881. Vom Reichkanzler war, die Aufforderung des Reichstags negierend, auch noch keine Äußerung eingegangen. Den nun notwendigen Brief an das Schatzamt markierte v. Boetticher aber immerhin mit einem Cito! Im Zentrum seines Briefes stand die Veränderung der Situation aufgrund des Reichstagsbeschlusses: Er kann auf die neue Denkschrift verweisen und insbesondere darauf, dass die Mitwirkung der Seestaaten hinlänglich gesichert erschien und folgerte, dass die wesentlich veränderte Lage es erfordern würde, dem Reichkanzler die Teilnahme Deutschlands am IPY zu empfehlen. Er bat um eine rasche Stellungnahme.

Der Kollege Scholz antwortete am 20. Juli. Fußend auf den neuen Fakten, die durch den Reichstagsbeschluss und die neue Denkschrift gegeben waren und gegenüber denen die früher geäußerten finanziellen Erwägungen zurückzutreten hätten, ist er jetzt damit einverstanden, dass der Versuch unternommen wird, den Kanzler für eine deutsche Teilnahme am Internationalen Polarjahr zu gewinnen. Der ganze weitere Brief beschäftigt sich schon mit der praktischen Seite der notwendigen Finanztransaktionen.

Von Boettichers Brief an Bismarck, datiert 8. September 1881, wie üblich tituliert: Seiner Durchlaucht vorzulegen, rekapituliert zunächst die bisherige Sachlage, bis es auf Seite 8 heißt: *In Betracht der seit Erstattung des Eingangs gedachten Berichts wesentlich veränderten Lage der Sache möchte es gerechtfertigt sein, die gegen eine Theilnahme Deutschlands an dem internationalen Unternehmen aus der finanziellen Lage des Reichs entnommenen Bedenken zurücktreten zu lassen, so daß wir glauben, nunmehr auch unsererseits für eine solche Betheiligung uns aussprechen zu dürfen.* Der weitere Brief wiederholt mehr oder weniger die Vorschläge

aus dem Schatzamt. Der Brief weist zahlreiche Randbemerkungen auf, die offenbar von Bismarcks Hand stammen.

Bismarcks Antwort lautete (Abb. 15):

Varzin 14. September 1881

Euerer Excellenz sende ich anbei den gefälligen Brief vom 8. d. M. die Erforschung des Nordpols betreffend, ganz ergebenst zurück.

Ich bin im Prinzip nicht abgeneigt, den Beschluß des Reichstages vom 27. April und des Bundesraths vom 3. Mai Rechnung zu tragen (mit Datum 3. Mai hatte der Bundesrat den Reichstagsbeschluß an Bismarck überwiesen) bevor aber Ausgaben dafür angewiesen werden, bitte ich um Nachricht über die in dem Berichte erwähnte internationale Polar-Commission, über die Personne ihres Präsidenten und ihrer deutschen Mitglieder, deren Autorität einstweilen die einzig vorliegende Bürgschaft für die Betheiligung anderer Nationen und für die Art und Ausdehnung dieser Betheiligung bildet. Auch nach der Angabe dieser Herren solle ein Programm einstweilen nur für die Nordhemisphäre bestehen, und doch für uns eine Station auf Süd Georgien in Aussicht genommen werden. Ich wünsche über Vorstehendes nähere Nachricht und bitte zu gleich das Auswärtige Amt die Absicht der fremden Regierungen, soweit wie solche in Frage kommt, verificieren zu lassen, ehe wir mit Ausgaben vorgehen. Die Ergebnisse wissenschaftlicher Beobachtungen werden bei Combinirung eines Gesamtplanes und gleichzeitiger Beobachtung an verschiedenen Stellen dermaßen an Bedeutung gewinnen, daß es nicht rathsam ist, unsere Mittel isoliert zu verwenden, sondern vorher volle Sicherheit über die Betheiligung anderer zu erlangen.

Zu Etats Überschreitungen würde ich ungern, evtl. aber doch zustimmen; den Ausweg der S. 10 der Anlage sub b) erwähnten Instrumente erst später zu bezahlen, halte ich nicht für gangbar, da wir eine derartige definitive Zahlungspflicht nicht übernehmen können, bevor nicht ersichtlich ist, ob der neue Reichstag die Mittel dazu bewilligt.

Ich würde dagegen selbst noch größere Etatsüberschreitungen vorziehen. Um diesem Punkt aufzuklären, bitte ich um ungefähre Angabe der für a). b). und c). Seite 9 und 10 erforderlichen Kosten und um Nachricht über den Stand und die weiteren Mittel der Dispositionsfonds des Reichsamt des Innern, seiner Majestät des Kaisers, und des Reichskanzlers.

Der Kostenüberschlag der auf Seite 6 erwähnten „Verfasser“ wird nach den Erfahrungen ähnlicher Vorgänge eine Sicherheit nicht bieten können.

Gez.: v. Bismarck (Abb. 16).

Der vierseitige Brief bedarf inhaltlich kaum eines Kommentars. Er bedeutete eine Zustimmung Bismarcks, womit die deutsche Teilnahme an einem Internationalen Polarjahr als gesichert gelten konnte. Der Brief sieht auf dem ersten Blick aus, wie von Bismarcks eigener Hand. Er ist aber eher von seinem Sohn Herbert geschrieben worden. Den vergleichsweise deutlichen Abstand zwischen den Wörtern, der eher nicht den Gewohnheiten Bismarcks entspricht, könnte man noch als Schwankungsbreite verbuchen, aber dass das „r“ auf zwei Arten erscheint, ist eine Besonderheit, die sich nicht in Bismarckschen Autographen findet.

Wie die Akten zeigen, war man im Reichsamt des Innern sehr besorgt darum, die verschiedenen Anfragen und Auflagen Bismarcks zu erfüllen.

Abb. 15: Schlüsseldokument zur Finanzierung des deutschen IPY-Beitrages. Der Brief des Reichskanzlers v. Bismarck an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern (RADl) v. Boetticher vom 14. September 1881, lässt die Bereitschaft des Absenders erkennen, eine deutsche Beteiligung am Internationalen Polarjahr aus Reichsmitteln zu stützen (Bundesarchiv Berlin).

Abb. 16: S. 4. des Briefes von Reichskanzler v. Bismarck an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern v. Boetticher vom 14. September 1881 mit der Unterschrift des Absenders (Bundesarchiv Berlin).

Ein Brief v. Neumayers an v. Boetticher, datiert Hamburg d. 25. September, hatte die Protokolle der Verhandlungen der Internationalen Polarkommission in St. Petersburg (1.-6. August 1881) als Anlage. An diesen Verhandlungen war kein Vertreter des Deutschen Reiches beteiligt. Eine Tatsache, an die sich zu erinnern, Neumayer einige Pein verursacht haben dürfte.

Völlig konträr zu diesem Misserfolg stand aber die Tatsache, dass mit großer offizieller Beteiligung und öffentlicher Aufmerksamkeit am 14.9.1881 die Einweihung des neuen Dienstgebäudes der Seewarte in Hamburg stattgefunden hatte. Es hatte einen regelrechten „Hamburg Ausflug“ der Berliner Politprominenz gegeben, denn bei den Feierlichkeiten war Wilhelm I. keineswegs der einzige Gast gewesen.

Wenn man Neumayers Worten folgt, hatte v. Boetticher bereits in Hamburg vor Wissenschaftlern des Auslands eine optimistische Stimmung betreffend einer deutschen Beteiligung am Internationalen Polarjahr verbreitet. Während sich dieser damals hoch über der Elbe, auf dem Stintfang mit herrlichem Blick über den Hafen, am Bankett gütlich tun konnte, formulierte dessen Chef auf seinem pommerschen Hof in Varzin den eben wiedergegebenen Brief, der allerdings das größte Geschenk darstellte, das man der Seewarte und Neumayer machen konnte.

Der Beschenkte wusste aber am 25.9.1881 noch nichts von seinem Glück. Das erklärt den Ton des erwähnten Briefes an v. Boetticher, in dem Neumayer seine Verlegenheit kaum verbergen konnte. In der Diktion hebt sich dieses Schreiben dennoch positiv von den vorangegangenen ab. Es klangen hier neue Töne an: Er wünschte, nachdem er das IPY als ein Ereignis von weit tragendster kulturgeschichtlicher Bedeutung bezeichnet hatte (S. 5 des Briefes), *daß der nationale Standpunkt in Erwägung gezogen werden möchte, und weiter heißt es, wenn auch die deutsche Nation die Ehre für sich in Anspruch nehmen darf, die Wissenschaft des Erdmagnetismus durch ihren großen Gauß in der Neuzeit fester begründet zu haben, so muß doch bereitwilligst zugestanden werden, daß wir bisher die Hauptsumme der Arbeit an magnetischen Beobachtungen in fernen Land- und Meerestheilen anderen Nationen überlassen haben. Würde Deutschland auch bei diesen für die Förderung der Erkenntniß der erdmagnetischen Kräfte so überaus wichtigen Unternehmen zurückstehen und sich vielleicht gar nicht betheiligen, so müßte nach Allem was bereits in der Sache geschehen ist, unser Vaterland der schwere Vorwurf des Indifferentismus in einer der größten wissenschaftlichen Frage treffen.* (S. 7, 8 des Briefes).

Diese Passage beschreibt einen bemerkenswerten Sachverhalt. Neumayer deutet hier ganz unverhohlen einen Ausfall auf die Politik an und zwar auf die große Politik. Das ging weit über das zunehmend in Mode kommenden Argument von der engen Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaftsentwicklung hinaus.

Im Zusammenhang mit dem Neumayerschen Schreiben, muss nur noch erwähnt werden, dass man erfuhr, dass Wilceck nunmehr entschlossen war auf Jan Mayen eine Station zu errichten, womit die Standortprobleme einer deutschen Nordstation wieder virulent wurden. Auch wurde hier erstmals die Idee ins Spiel gebracht, einen der schottischen Peterhead-

Whaler zu chartern – Schiffe von denen man annahm, es könne ihnen ohne all zu großes Risiko gelingen, die Ostküste Grönlands zu erreichen.

Ergänzend nur noch die Bemerkung, dass dieses nicht der letzte lange Neumayersche Brief ist, den man in den RADl Akten findet, es ist aber der letzte „große“ Brief. In weiteren Schreiben geht es um Details zur Organisation und Durchführung des IPY, in denen Neumayer ausgesprochen bürokratische Verhaltensweisen an den Tag legte.

Bevor die weiteren Entwicklungen skizziert werden, ist noch zu registrieren, dass das AA plötzlich diverse zustimmende Schreiben von den Ämtern der teilnehmenden Nationen vorweisen konnte. Nur im Zusammenhang mit England und den USA kam es zu Schwierigkeiten, die noch lange und offenbar mit zunehmenden Vergnügen durch den Bürokratenschlingel schlichen, obschon die USA als einzige Nation ihre Leute 1881 schon in Marsch gesetzt hatte!

BISMARCKS DRITTER BRIEF – DAS REICHSAMT DES INNERN HAT ES PLÖTZLICH EILIG

Der nächste Brief des RADl an Bismarck, datiert Berlin 16. Oktober 1881, liegt als Entwurf und in Reinschrift vor. Er geht auf die Fragen des Kanzlers vom 14.9. ein, worauf dieser, offenbar immer noch in Varzin weilend, am 26.10. antwortet:

In Erwiderung auf Euerer Excellenz gefälligen Brief vom 16. d. Mts. – 11869.I – welchen ich nebst Anlage hierneben ganz ergebenst wieder anschließe, erkläre ich mich damit einverstanden, dass sich das Reich an der wissenschaftlichen Erforschung der Polargegenden betheilige.

Was die zu diesem Zwecke erforderlichen Kosten anbetrifft, so scheint mir, daß zur Beschaffung des in dem gefälligen Berichte v. 16. d. M. Seite 16 unter a und c aufgeführten Antheils nicht der Dispositionsfond des Reichsamts des Innern, welcher lediglich für unvorhergesehenen Amtsbedürfnisse der genannten Behörde bestimmt ist, sondern vielmehr der für unvorhergesehene Ausgaben ... ausgesetzte Dispositionsfonds des Reichskanzlers herangezogen werden muß. Im Übrigen stimme ich den von Eurer Excellenz wegen Aufbringung der fraglichen Kosten gemachten Vorschlägen bei.

Aus den in meinem Schreiben vom 14. d. Mts. dargelegten Gründen muß ich jedoch daran festhalten, daß nicht eher in dieser Angelegenheit mit Ausgaben vorgegangen werde, als bis die Absicht der anderen Regierungen verifiziert ist, auf deren Theilnahme an der Erforschung der Polargegenden gerechnet wird. Die Antworten der Vereinigten Staaten und Oesterreich stehen noch aus.

Der Brief ist durch Sekretär ausgefertigt und mit Bismarcks Unterschrift versehen.

Eingangstempel: R.A.d.Innern 29.10.81; 4 Anl., 1 Skizze

Unten links wie üblich der Empfänger:

Seiner Excellenz dem Staatssekretär des Innern Herrn Staatsminister von Boetticher

Bei der von Bismarck zitierten Anmahnung betreffend Österreich handelte es sich darum, dass man wohl wusste, dass der Transport der Expedition nach Jan Mayen durch ein Schiff der Österreichischen Marine geplant war, die offizielle Bestätigung aber noch ausstand.

Neumayer wurde nach Eingang des Bismarck-Briefes umgehend informiert (1.11.1881, transkribiert nach einem Briefentwurf): *Unter Bezugnahme auf die von den deutschen Mitgliedern der internationalen Polarkonferenz s. Z. erstatteten Berichte benachrichtige ich Eur. Hwg. erg., daß ich geneigt bin, eine Beteiligung des Deutschen Reiches an der wissenschaftlichen Erforschung der Polar-Regionen herbeizuführen und zu diesem Behufe eine, den Vorschlägen Ihrer zweiten Denkschrift vom 9. Mai d.J. im Großen und Ganzen entsprechende Summe in den, dem Bundesrath und dem Reichstag in nächster Zeit vorzulegenden Entwurf des Reichshaushalts-Etats für das Jahr 1882/83 einzustellen.*

Der sofortigen Ausführung der letzten Absicht steht, abgesehen von einigen sonst noch erforderlichen Vorbereitungen, der Umstand entgegen, daß die Grundlagen, auf denen der in der genannten (zwh) „zweiten Denkschrift“ aufgestellte Organisations-Plan und Kostenanschlag beruhen, inzwischen eine nicht unbedeutende Veränderung erfahren hat. Während in diesem Plane als Sitz der auf der Nord-Hemisphäre zu errichtenden Deutschen Station die Insel Jan Mayen in Aussicht genommen ist, erscheint es nach den Protokollen der im August d. J. in St. Petersburg abgehaltenen Konferenz und nach dem Eur. Hwg. gefälligen Berichte vom September d. J. fast sicher, daß der genannte Punkt von österreichischer Seite mit einer Beobachtungsstation besetzt werden wird, so daß man deutscher Seits auf den ursprünglichen Plane der Besetzung eines Punktes an der Ostküste von Grönland wird zurückkommen müssen.

Eur. Hwg. ersuche ich erg., gef. diejenigen Modifikationen des erwähnten Organisations-Plans und Kostenanschlages, welche durch diese Änderung Ihrer Ansicht nach bedingt werden, mir des Näheren mittheilen und Ihre sonstigen, auf die Förderung der Angelegenheit bezüglichen Vorschläge mir mit der durch die Sachlage gebotenen Beschleunigung zukommen lassen zu wollen.

*Der Reichskanzler i. V. Kürzel v. Boetticher
i. V. gez. Eik*

Inhaltlich bedarf dieser Brief keines großen Kommentars. Es konnte jetzt öffentlich gemacht werden, dass sich Deutschland unter Einsatz eines Betrages von mindestens 300.000 M und zusätzlich mit der Unterstützung der kaiserlichen Marine und möglicherweise noch anderer Institutionen am IPY beteiligen würde. Damit ist auch das Ziel dieses Exkurses erreicht, zu zeigen, welche Wege die Entwicklung des Gedankens eines Internationales Polarjahr in Deutschland ging und unter welchen Umständen es zu einer öffentlichen Finanzierung desselben kam.

Aber wie der vorstehende Brief andeutet, gab es noch ein Problem. Man konnte zwar sofort mit Hochdruck daran gehen alles Mögliche für die Etablierung der Südgeorgien-Expedition zu tun, aber, betreffend die Arktis-Station, musste erst das „Ost-Grönland-Problem“ gelöst werden, bevor man uneingeschränkt planen konnte. Die hier mit verbundenen Vorgänge sollen noch verfolgt werden, wenn auch in weniger ausführlicher Form als die bisherige Schilderung der Entwicklung.

Für den, mit dem Thema minder vertrauten Leser: Das Problem bestand weniger darin, dass man Angst davor hatte im Treibeis des Ostgrönlandstromes Schiffbruch zu erleiden, wie es seinerzeit 1869 dem deutschen Expeditionsschiff „Hansa“ ergangen war, sondern darin, dass auch die Kapitäne der in Dundee und Peterhead beheimateten Walfangschiffe nicht die

Passage des ostgrönländischen Eisstroms garantieren konnten. Jedenfalls musste man realistischer Weise mit mehreren Querungsversuchen und daher mit langen Charterzeiten und entsprechenden Kosten kalkulieren.

Boettichers oben zitierter Brief an Neumayer vom 1.11. und ein Telegramm vom 5.11. zeigte, dass er es jetzt war, der „aufs Tempo drückte“. Aber erst am 6.11. ging eine Antwort bei ihm ein. Neumayer meldete sich telegraphisch aus Kaiserslautern, wo er sich im Urlaub befand. Darüber, dass der 55-jährige nach monatelangem qualvollen Warten, das er als Demütigung empfunden haben muss, sich nun erleichtert fühlte, ist weder in dem Telegramm noch in seinem Brief gleichen Tages (Eingangstempel RA dI 8.11.1881) etwas zu spüren.

Weitschweifig legt er dar, dass als *Miethpreis* eines dem Zweck entsprechenden Dampfers insgesamt schätzungsweise 63.000 M eingesetzt werden müssten. Genauer wäre erst zu sagen nach Rücksprache mit dem schottischen Kapitän David Gray. Die könne er erst aufnehmen, wenn er sich wieder in Hamburg befände. Auf Boettichers Hauptproblem, den richtigen Betrag in den Etatentwurf einstellen zu müssen, geht er gar nicht ein. Stattdessen schreibt er wiederholt von magnetischen Instrumenten. Er hält es für notwendig persönlich in München bei den Werkstätten Dr. Edelmann vorsprechen zu müssen: *Dazu bedarf ich eben einer Autorisation und der zur Reise und zum Aufenthalt in München erforderlichen Mittel ...* nachdem er eine weitere Seite lang über dieses Problem dilettiert, z.B. ob der Auftrag vom seinem Korrespondenten oder durch v. Stosch zu erteilen wäre, erfährt man, dass er sich noch *in den nächsten 3 Wochen in Frankenthal* aufzuhalten gedenkt, wo alle *Mittheilungen* ihn allerdings erreichen könnten.

Am 12. November erging ein Schreiben des Reichskanzlers an sämtliche Bundesregierungen (25 Adressen): *beehre ich mich ganz ergebenst mitzuteilen, daß in den Entwurf des Reichshaushalts-Etats für 1882/83 unter Kapitel 3 Titel 5 der einmaligen Ausgaben des Reichsamts des Innern eine Position von 300.000 M als Kosten der Beteiligung des Reichs an dem Projekt internationaler Polarforschungen nachträglich eingestellt worden ist.* Dem Schreiben waren *metallographierte* Denkschriften bezüglich der Polarforschung und betreffend die Beobachtung des Venusdurchgangs von 1882 beigelegt.

Aus Formulierungen, die v. Stosch am 16. November 1881 in einem Brief an v. Boetticher verwendete, könnte man ableiten, dass es Neumayer doch nicht in Frankenthal gehalten, sondern sich dieser kurzfristig in Berlin eingestellt hatte. Immerhin ringt sich v. Stosch in kanzleideutscher Manier eine Freudenäußerung über die gesicherte IPY Beteiligung ab, verwendet aber den Rest des vierseitigen Briefes auf die Darlegung der Dringlichkeit der Gerätebeschaffung, beginnend mit der Bitte, Herrn Neumayer zu ermächtigen *in München sofort persönlich Schritte wegen Anfertigung der magnetischen Instrumente zu thun.* Thematisiert wird die Ausbildung der künftigen Beobachter, die Konstruktion der Wohnhäuser, die Berufung eines Sekretärs und der *Exekutivkommission.* Notwendig sei mindestens die sofortige Freigabe von 20.000 M, um die anstehenden Probleme anpacken zu können.

Von Boetticher beantwortete dieses Schreiben ausführlich (vorhanden ist der Briefentwurf dat. 23.11.1881). Auch ihm sei daran gelegen *die Maßnahmen zur Einleitung und Vorbe-*

reitung der Beteiligung des Reichs an dem Unternehmen in jeder thunlichen Weise zu fördern. Zu diesem Zweck war es ihm wichtig schnellstens eine Kommission zu berufen, die sich konform mit den bisherigen Denkschriften (März 1880 und Mai 1881) mit der Aufstellung eines definitiven Programms befassen sollte.

Diese Kommission tagte vom 12. bis 16. Dezember 1881 im Dienstgebäude des Kaiserlich Hydrographischen Amtes in der Matthaikirchstraße No. 9 in Berlin.

GRÜNDUNG DER DEUTSCHEN POLARKOMMISSION

Das Protokoll der Gründungssitzung ist noch vorhanden (u.a. als Bundesrat-Drucksache No. 11 der Session 1882/1883 S. 7-17) und enthält durchaus interessante Einzelheiten, auf die an dieser Stelle aber nicht eingegangen werden kann. In Vertretung des Reichskanzler eröffnete der mit den Vorgängen vertraute Geheime Regierungsrath Weymann die Sitzung und die erste Amtshandlung war somit die Legitimierung und Etablierung der Deutschen Polarkommission. Da der Reichskanzler, wie es heißt, wegen der überwiegend wissenschaftlichen Aufgabenstellung der Kommission, auf das Recht verzichtete, den Kommissionsvorsitzenden zu bestellen, musste dieser unter den Sitzungsteilnehmern per Wahl bestimmt werden. Die Wahl fiel auf Neumayer (Titel: Präsident der deutschen Polarkommission). Mit Hilfe einer Subkommission, (vgl. Drucksache No. 11 S. 10) wurde im Anschluss an den ersten Sitzungstag eine *Geschäftsordnung* ausgearbeitet. *Der Entwurf der Geschäftsordnung der Deutschen Polarkommission*, der als Teil der schon erwähnten Drucksache (S. 1-6) vorliegt, trägt das Datum 31. Januar 1882 (gedruckt und verteilt am 4.2.). Er bedurfte der Genehmigung durch die Fachausschüsse des Bundesrats für das Seewesen

und für das Rechnungswesen (II. und VII. Ausschuss, 11.2. 1882). Das endgültige Plazet wurde durch den Bundesrat direkt erteilt. (Bundesrat Protokolle 14. Sitzung 10.3.1882). *Die Genehmigung der bezüglichen Etatposition durch den Reichstag* hatte inzwischen schon stattgefunden.

Folgt man der vorliegenden Aktenlage, scheint es, dass der wichtigste Punkt der Geschäftsordnung war, dass v. Schleinitz als der herausgestellt wurde, der den Geschäftsverkehr mit den Behörden zu führen hatte (§6) und der über das Expeditionskonto verfügen konnte, sofern die Gelder denn freigegeben waren (worum er später gelegentlich anhalten musste). Der in der Geschäftsordnung vorgesehene Exekutivausschuss (§5) bestand neben Neumayer und v. Schleinitz noch aus dem Physiker Carl N. Börgen (1843-1909), Teilnehmer der zweiten deutschen Polarexpedition 1869/70 und dem weltberühmten Afrikaforscher und Vorsitzenden der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin, Gustav Nachtigal (1834-1885). Unterstützt wurden die vier Herren durch einen wissenschaftlichen Sekretär, Dr. Ernst Herrmann, dem ein monatliches Salär von 200 M zugesprochen wurde.

Von Schleinitz und Neumayer gaben am 27.4.1882 ein an den Reichskanzler adressiertes Konvolut ab. Dieses enthielt u.a. einen modifizierten Kostenanschlag. Um die Freigabe von 100.000 M wurde nachgesucht. Dem Kostenanschlag war ein so genannter Plan beigelegt. Das Ganze darf als erster Rechenschaftsbericht betrachtet werden, der konform war mit §4 der Geschäftsordnung (Informationspflicht). Angezeigt wurde, dass man die Idee, Ostgrönland als Stationsort zu verwenden, nicht verwirklichen konnte – jedenfalls nicht unter der Prämisse, dass der vorgegebene Betrag in Höhe von 300.000 M nicht überschritten werden durfte. Stattdessen wurde das Gebiet um den Kingua Fjord im Cumberland Golf auf Baffin Island als Basis (Abb. 17) für eine deutsche arkti-



Abb. 17: Die deutsche IPY-Station 1882/83 im Kingua-Fjord am Cumberland-Golf auf Baffin Island, Kanada (aus NEUMAYER & BÖRGEN 1886a).

sche Überwinterungsstation benannt. Dieses Gebiet hatte den erheblichen Vorteil, dass es mit hinreichender Wahrscheinlichkeit im Nordsommer eisfrei wurde, so dass man kein Spezialschiff brauchte, um den Stationsort zu erreichen. Anzumerken wäre, dass das oben erwähnte Konvolut auf der Sitzung der deutschen Polar Kommission vom 12. bis 15. April 1882 in Berlin erarbeitet wurde. Das handschriftliche Protokoll der Sitzungen existiert noch. Wegen der vielen Einzelheiten, sowohl technischer als auch personeller Natur, ist es durchaus interessant.

Hier kann nur noch einem Punkt weitere Aufmerksamkeit geschenkt werden (S. 9 des Protokolls): Für den Transport der arktischen Expedition nach Kanada bemühte man sich um den Ankauf der „Germania“ (Abb. 18), 1869 bei Tecklenborg in Bremerhaven gebaut – berühmt als Schiff der zweiten deutschen Polarexpedition unter der Leitung von Carl Koldewey. Dieser Ankauf wurde getätigt. Der Kaufpreis betrug 15.000 M. Es fanden sich diesbezüglich mehrere Dokumente mit teilweise anekdotischem Charakter in den Akten – z.B. der „Flaggenstreit“ – war doch die „Germania“ ab Juni 1882 Reichseigentum und damit ein Schiff der Admiralität, wenn nicht gar ein Kriegsschiff. Schließlich wurde die Flagge gesetzt, die für Regierungsfahrzeuge üblich war und welche der der Lotsenfahrzeuge ähnelte.

BEMERKUNGEN ZU DEN DEUTSCHEN IPY-EXPEDITIONEN 1882/83

Am 27. Juni 1882 verließ die „Germania“ den Hamburger Hafen. Was nun folgte ist ein Meisterstück, das man gar nicht genug würdigen kann. Allerdings fällt es schwer zu entscheiden, wen man hier besonders hervorheben sollte – Kapitän Mahlstedt und seine kleine Besatzung ob ihrer seemännischen Geschicklichkeit, v. Schleinitz und v. Neumayer ob ihrer Entscheidung dieses Fahrzeug zu kaufen – das seiner ursprünglich installierten Dampfmaschine und Kesselanlage längst beraubt war, oder die Wissenschaftler und Expeditionsmitglieder ob der Tatsache, dass es ihnen gelang das umfangreiche Expeditionsmaterial überhaupt auf dem

Schiffchen unterzubringen und anschließend noch die sechswöchige Überfahrt zu überstehen. Viermal hat die „Germania“ im Dienste des Ersten Internationalen Polarjahres unter Kapitän Mahlstedt und Steuermann Wencke den Nordatlantik gequert, wobei ihr das Glück bis zum Schluss treu blieb. Am 18. Oktober 1882 war sie nur wenige Stunden bevor ein verheerender Sturm über die Nordsee fegte, in die Elbmündung eingelaufen. Ähnlich erging es ihr 1883, als sie am 16. Oktober vor Cuxhaven Anker warf, der Wind am 17. auffrischte und sich im Laufe des 18. zu einem Orkan entwickelte (NEUMAYER 1886a, 1891, S. 83).

Die Südgeorgien-Expedition hatte bereits am 2. Juni 1882 am Bord der „Rio“ der Hamburg Süd-Amerikanischen Dampfschiffahrts Gesellschaft Cuxhaven passiert. Am 4. Juli war Montevideo erreicht. Mit der Umladung des Expeditionsgutes in die hier schon wartende „SMS Moltke“ wurde ohne Verzögerung begonnen. Ausgelaufen wurde aber erst am 23. Juli und Südgeorgien wurde am 16. August erreicht. Wegen sehr begrenzter Sicht konnte der erste Landeplatz nicht mit den vorhandenen Karten in Übereinstimmung gebracht werden. Einen neuen Platz (Abb. 19) fand man am 22. August. Die Anlandung des Materials nahm bis zum 3. September in Anspruch.

Ein besonderer Glanzpunkt der Überwinterung war der Umstand, dass am 6. Dezember 1882 der Venusdurchgang vollständig beobachtet werden konnte. Für den kurzfristig wolkenfreien Himmel musste man allerdings Windgeschwindigkeiten von mehr als 20 m s⁻¹ in Kauf nehmen, was verständlicherweise Probleme verursachte. Beachtlich auch, dass das durch den Krakatau-Ausbruch am 27. August 1883 verursachte Tsunami-Ereignis hier auf Südgeorgien nachgewiesen werden konnte.

Wochen vor dem erwarteten Termin tauchte am 1. September 1883 die Glatdeckkorvette „SMS Marie“ auf, welche die Expeditionsmitglieder am 26. September 1883 in Montevideo absetzte (NEUMAYER 1886b S.VI, 1891 S.140, KRETZER & KRAUSE 2007).



Abb. 18: Die Schonerbrigg „Germania“, das Forschungsschiff der deutschen Ostgrönlandexpedition von 1869/70 brachte 1882 die Besatzung der deutschen IPY-Station im Kingua-Fjord nach Baffin Island und holte die Personen, Instrumente, Exponate, Proben und Aufzeichnungen im folgenden Jahr wieder ab (aus NEUMAYER 1891).



Abb. 19: Die deutsche Überwinterungsstation am nördlichen Ufer der Royal Bay an Südgeorgiens Nordostküste während des Internationalen Polarjahres 1882/83 (Gouache von Hans Prückner, München 1885, Archiv AWI).

Die Abholung der Südgeorgien-Expedition betreffend, findet sich in den RAdI Akten neben allerlei Banalem auch ein sehr interessantes Dokument. Die komplette Segelordre der „Marie“, gegengezeichnet von Leo von Caprivi (1831-1899), der inzwischen v. Stosch abgelöst hatte und 1890 Bismarcks Nachfolger wurde, der also genau die Karriere machte, die anzustreben man v. Stosch immer unterstellt hatte! Bei dieser Ordre fällt auf, mit welcher Sorgfalt die Südgeorgien-Überwinterer bedacht wurden.

Ein Ereignis, das noch in unmittelbarem Zusammenhang mit der Durchführung des Internationalen Polarjahres stand, war eine Anfrage des Schwedisch-Norwegischen Gesandten vom 19.3.1883, der wissen wollte, wie man deutscherseits zu einem Vorschlag des IPY-Vorsitzenden Wild stehe, das IPY um ein weiteres Jahr auszudehnen. Das RAdI war mit dieser Anfrage überfordert und gab diese an die Deutsche Polarkommission weiter. Konform mit seinem dänischen Kollegen Hoffmeyer äußerte sich Neumayer dahingehend, dass man zunächst das Erreichte nutzen sollte, um für künftige Polarjahre gerüstet zu sein.

DANKSAGUNG

Für die kritische Durchsicht des Textes und für wertvolle Hinweise danke ich Dr. Erki Tammiksaar, Tartu, Estland, sowie Prof. Eva-Maria Pfeiffer, Hamburg und Prof. Dieter K. Fütterer, Bremerhaven. Herrn Michael Gomez von der Biblio-

thek des AWI ein herzliches Dankeschön für seine Unterstützung bei Recherchen betreffend die Verwendung des IPY-Begriffes.

Literatur

- Ehrhart, S.B.* (1902): Die Verteilung der Temperatur und des Luftdrucks auf der Erdoberfläche im Polarjahre 1882/1883.- Inauguraldissertation, Stuttgarter Vereins-Buchdruckerei, Stuttgart, 1-35, 4 Taf.
- Hollyday, F.B.M.* (1960): Bismarck's Rival. Cambridge, 1-316.
- Krause, R.A.* (1992): Die Gründungsphase deutscher Polarforschung, 1865-1875.- Ber. Polarforsch. 114: 1-375, A1-A64.
- Kretzer, H.-J. & Krause, R.A.* (2007): Station der Deutschen Polar-Kommission in Süd-Georgien, Royal Bay. 1882-83.- Pollichia Sonderveröffentl. 11, Eigenverlag Pollichia, Bad Dürkheim, 1-60.
- Lüdecke, C.* (2007): Über die globale Verteilung von Luftdruck und Temperatur am Beispiel des 1. Internationalen Polarjahres 1882/1883.- http://meetings.copernicus.org/dach2007/download/DACH2007_A_0040.pdf
- Neumayer, v. G. & Börgen, C.N.* (Hrsg) (1886a): Die Internationale Polarforschung 1882-1883. Die Beobachtungs-Ergebnisse der Deutschen Stationen. Band I. Kingua-Fjord: 1-736.
- Neumayer, G.v. & Börgen, C.N.* (Hrsg) (1886b): Die Internationale Polarforschung 1882-1883. Die Beobachtungs-Ergebnisse der Deutschen Stationen. Band II. Süd-Georgien, 1-523.
- Neumayer, v. G.* (Hrsg) (1890): Die Deutschen Expeditionen und ihre Ergebnisse, Band 2 beschreibende Naturwissenschaften: VII+1-574.
- Neumayer, v. G.* (Hrsg) (1891): Die Deutschen Expeditionen und ihre Ergebnisse, Band 1 Geschichtlicher Theil: VII+1-243 und 1-120, Berlin.
- Quelle A:* Acta betreffend die Gewährung von Geldmitteln zum Zweck der Polarforschung, Sachgebiet III, Subventionen No. 25, Generalia 16015-16019.- Bundessarchiv Berlin